

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auf noch ohne Schwung?

Von Peter Gillies

Das Wechselbad der Konjunkturoffnungen ist weiter gut besucht. Das Münchner Ifo-Institut, bisher eher kühn in Beschreibungen des Aufschwungs, meldet soeben, derselbe sei keineswegs gesichert. Vierhundert Großunternehmen hätten für die nächsten Jahre eher moderate Normalität denn schäumende Aufbruchstimmung signalisiert. Ein rascher Abbau der Arbeitslosigkeit sei deshalb nicht zu erwarten.

Das mag zutreffen oder auch nicht. Jedoch verdienten Unternehmer ihren Namen nicht, wenn sie abseits der Märkte stur an ihren Fünfjahresplänen festhielten, also auf verbesserte Daten nicht auch kurzfristig zu reagieren verstünden. Zweitens ist nicht das Großunternehmen typisch für die deutsche Wirtschaftslandschaft, sondern das kleine und mittlere. Noch wichtiger sogar ist jenes Unternehmen, das es noch nicht gibt, weil es gerade gegründet wird. Oh der innovative Schwung aus den Großunternehmen kommt, ist bis heute umstritten. Wir wären einer besseren Beschäftigung näher, wenn wir einige zehntausend Gründer hätten, die den Sprung wagten.

Aber die wetterwendischen Aufschwungsbetrachtungen zwingen mehrere Schlüsse auf. Erstens ist eine konjunkturelle Belebung mit jener Kraft, die rasch Arbeitsplätze schafft, noch ziemlich weit (wenn auch nicht unerreichbar). Rezession wie Boom einer Volkswirtschaft sind nicht schicksalhaft, der Aufschwung keineswegs „automatisiert“, so daß man sich beruhigt zurücklehnen könnte. Zweitens, was die Motive betrifft: Hier gilt unverändert, daß jemand nur dann eigenes (oder fremdes) Geld wagt, wenn der Ertrag einer Investition höher ist, als wenn er es risikolos in achtprozentigen Staatspapieren anlegt.

Und hier ist – trotz einiger Achtungserfolge – noch viel zu tun. Jede Verheißung von Wohlstand, die noch nicht verdient sind, wirkt in die falsche Richtung, weil sie via Zinsmechanismus die Investoren abschreckt, statt sie zu ermutigen. Der Kauf einer neuen Maschine wird als Risiko noch lange nicht mit einem Ertrag belohnt, der deutlich oberhalb der Zinsen eines Bundesschatzchens liegt. Das ist der wichtigste Hintergrund für mancherlei Aktualität: für die Sparpolitik, die Steuerreform, die Lohnrunder oder die Familienpolitik. Die Aussage, wir hätten das Nötigste geschafft und der Rest sei nur noch eine Frage der Zeit, wäre jedenfalls fahrlässig.

Erstes Opfer der Opferhilfe

Von Enno v. Loewenstern

In neuer Verein namens „Opferhilfe – Hilfe für Opfer von Straftaten“ will sich an der Arbeit beteiligen, die bislang ziemlich allein vom „Weißen Ring“ betrieben wird: Verbrechensopfern helfen. Man möchte das nur begründen: Konkurrenz belebt das Geschäft, auch das Geschäft der Barmherzigkeit. Einiges am neuen Unternehmen gibt jedoch zu denken.

Es beginnt mit einer fürchterlichen Beschimpfung Eduard Zimmermanns vom „Weißen Ring“. Ausdrücke wie „demagogische und reaktionäre Kriminalpolitik“ und „Geschäft mit der Angst“ lassen vermuten, daß hier weniger sachliche als persönliche Gegensätze ausgetragen werden. Nun werden die Schmähungen einmal nicht belegt und zweitens wird die Arbeit des „Weißen Rings“ nicht von Zimmermann allein bestimmt, sondern auch von solchen Persönlichkeiten wie Rechtsanwalt Josef Augstein, Oberstaatsanwalt a. D. Hans Sachs, Manfred Schreiber, Gerhard Boeden und anderen. Auch die Hamburger Justizsenatorin Eva Leithäuser (SPD) gehört dem „Weißen Ring“ an. Daß das alles reaktionäre Demagogie sein sollen, können wohl nur Leute aus einer bestimmten Ecke glauben und behaupten.

Ist es Zufall, daß gerade SPD-Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre als „Mitarbeiter“ des neuen Vereins genannt werden? Es fällt ferner auf, daß Geldhilfe „an die zweite Stelle“ gestellt wird, nach der Absicht, „das Opfer psychologisch richtig einzustellen“, damit es „sein Schicksal akzeptiert“; es ist auch von „Brücken von Tätern zu Opfern“ die Rede.

Ob etwa vergewaltigte Frauen gerade daran interessiert sind, ist schwer abzusehen. Viele Verbrechenopfer jedenfalls sind auf Geldhilfe angewiesen; typischerweise etwa die Witwen ermordeter junger Polizeibeamter mit mehreren Kindern und jämmerlichen Pensionen. Beim neuen Verein scheint eine Resozialisierungs-Ideologie im Vordergrund zu stehen, aber darum kümmert der Staat sich ohnehin. Es sind die Opfer, die heute meist vernachlässigt und womöglich noch „viktologisch“ als selber schuld an ihrem Schicksal abgefertigt werden.

Wie Josef Augstein mitteilt, ist eine besonders mündfertige Gründerin des neuen Vereins aus dem „Weißen Ring“ ausgeschieden, nachdem der frühere Düsseldorfer Staatssekretär Wöhler vom Vorstand mit der Untersuchung ihrer Amtsführung beauftragt wurde. Ein Verein, der sich in der Opferhilfe engagiert und dafür Geldzuwendungen auch der Gerichte erwartet, sollte über jeden Verdacht menschlicher Unzulänglichkeit erhaben sein. Der neue Verein beginnt weder sachlich noch verbal mit guten Voraussetzungen.

Der unwillige König

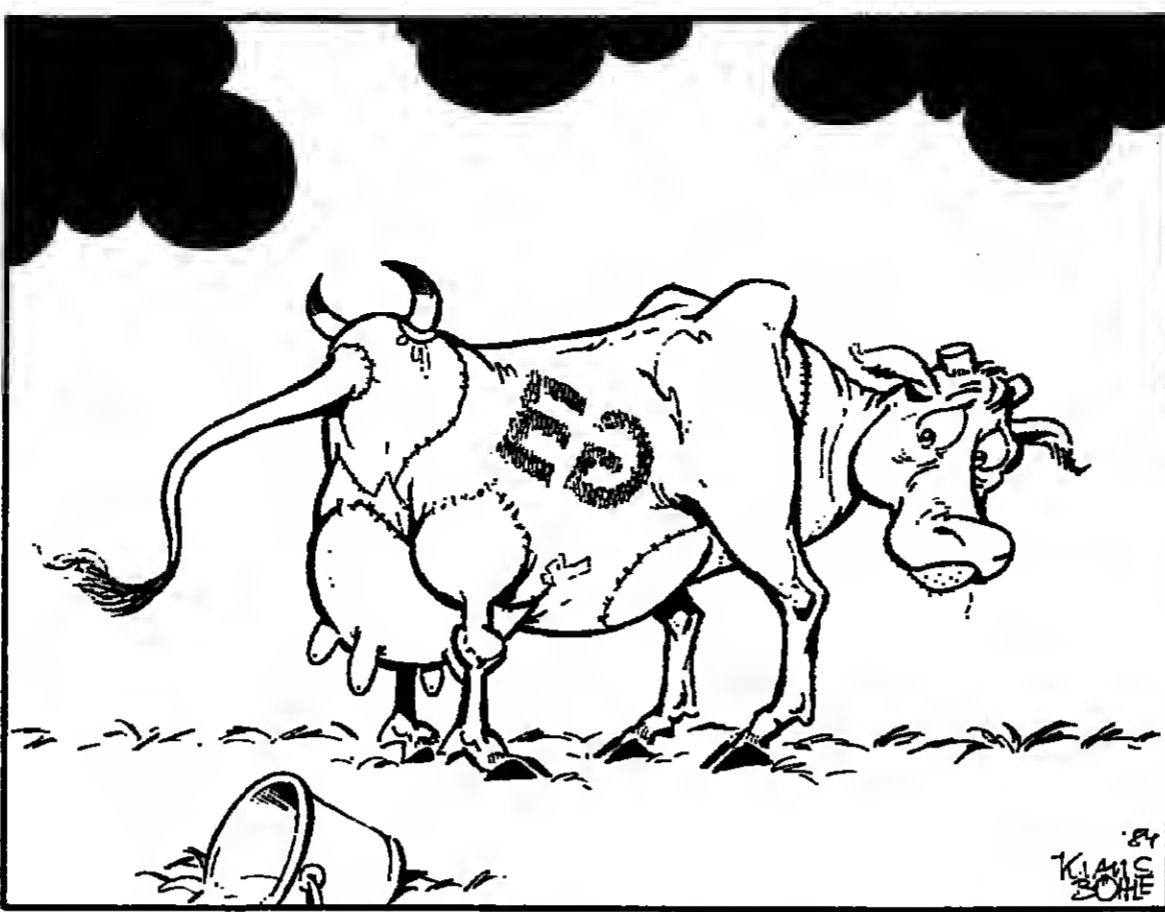
Von Peter M. Ranke

Er werde mit den Israelis auch dann nicht verhandeln, wenn der Siedlungsbau in den besetzten Gebieten gestoppt werde, ließ König Hussein von Jordanien die Amerikaner durch Interviews wissen. Vorher schon hatte er arabischen Notabeln aus jenen Gebieten erklärt, er werde nicht mit Israel sprechen und halte sich an die PLO Yassir Arafats.

Diese negative Haltung hat endlich in Washington für die notwendige Ernüchterung und realistischere Einschätzung des jordanischen Königs und auch der saudischen Herrscher gesorgt. Denn trotz des amerikanischen Drängens denken die arabischen Monarchen nicht daran, sich an amerikanischen Friedensinitiativen zu beteiligen. Alibis haben sie immer: Man spricht den USA die Fähigkeit ab, ein glaubwürdiger, ehrlicher Makler zu sein. Das hat Präsident Reagan und Außenminister Shultz so verärgert, daß sie die Lieferung von 2800 Stinger-Flugabwehraketen an Jordanien und Saudi-Arabien kündigten. Der Kongreß war ohnehin dagegen.

Weil König Hussein auch erklärt hat, er werde keine jordanische „Eingreiftruppe“ für die Washington 200 Millionen Dollar aufwenden wollte, den Amerikanern zuliebe einsetzen, sondern nur nach arabischen Interessen, erscheint auch dieser Plan Washington zum Scheitern verurteilt. Einmal sind das Fernwirkungen des Abzugs der Marines aus Beirut. Zum anderen zeigen König Hussein und die Saudis mit ihrer ängstlichen und zynischen Verweigerungshaltung, daß ihnen das Schicksal der Palästinenser eben doch völlig gleichgültig ist.

Die meisten Araber in Judea und Samaria haben das längst begriffen. Es dümmert auch in Washington, daß nicht das „Palästinenser-Problem“ im Zentrum nächstlicher Spannungen steht, sondern ganz andere Kräfte und Konflikte.



Operation mißlungen – Patient leht doch!

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Honi soit qui mal y pense

Von Herbert Kremp

Es hat in der Zeitgeschichte wahrscheinlich größere Irrtümer gegeben: Die Historiker halten fest, daß es vornehmlich britische Politiker wie Lord Halifax und Anthony Eden seien, die die Verbrechen des Nationalsozialismus in den Verträgen des Westens (wie Antikriegsgesetz) sahen als das Verbrechen Europas. Zur rechten Zeit stellt sich die Erkenntnis nicht immer ein, denn die Relativität der politischen Wahrnehmung ist eine weit verbreitete Erscheinung. Anstößig jedoch wirkt sie auf den Betrachter im Falle des Staatsratsvorsitzenden, der heute als ein Staatsrat gehandelt, wenn nicht behandelt wird. Ihn mit dem „Führer“ zu vergleichen, wäre schief. Aber eines ist er doch: der Abteilungsleiter der sowjetischen Weltmacht – Abteilung Deutschland.

Er wird uns besuchen, diese Bundesregierung legt (nicht als erste) Wert darauf, aber es sollte wenigstens klar sein, wer uns da besucht. Ist es der Erich von Wiebelskirchen (Bismarck hätte ihn, wenn überhaupt, als „Perle“ bezeichnet), der zum Heilmittel aus Oggersheim und zum Franz-Josef von Bayern kommt, der Joviale vom Werbelinse und von Leipzig, von dem Klaus Bölling in seinem Buch „Die fernen Nachbarn“ zu sagen weiß, er träume „unausweichlich deutsch“, er verfüge über Moralbedürfnis, wie mancher unter den älteren westdeutschen Gewerkschaftsführern – das wären Leute wie Böcker und Loderer? Oder besucht uns das Patenkind des fernen Nachbarn Stalin, der Ziehsohn jedenfalls von Walter Ulbricht, dessen Befehl, in Berlin eine Mauer zu bauen, der Getreue perfekt durchgeführt, wie bösartige Befehle ja seit jeher „durchgeführt“ wurden?

Natürlich ist es gar keine Frage, wer uns da besucht. Die Fragezeichen spiegeln in diesem Falle nur das Erstaunen darüber, daß das Bildnis eines Politikers, das buchstäblich fest gemauert in der Erde steht, fast in sein Gegenteil umgemodelt werden kann. Honeckers Lebensarbeit am Freiheitsentzug für Deutsche rutscht in Nebensätze. Ausgerechnet diejenigen Intellektuellen, die die Frischgewaschene und Frischrasierte seines Typs, neigen sie nur ein wenig nach rechts, als Prototypen der postkommunistischen „Angestelltenkultur“ qualifizieren, wohnen in dem gleichgestalteten Erich Honecker, „vielleicht die Idee des deutschen Gesamtstaates, bevölkert von fleißigen

und disziplinierten Deutschen“ (Böling). Weil er ohne Zweifel links steht, geht das an. So geht es bei Friseursen. Während die Neigung der Linksintellektuellen notorisch ist, in den Verträgen des Westens (wie Antikriegsgesetz) sahen als das Verbrechen Europas. Zur rechten Zeit stellt sich die Erkenntnis nicht immer ein, denn die Relativität der politischen Wahrnehmung ist eine weit verbreitete Erscheinung. Anstößig jedoch wirkt sie auf den Betrachter im Falle des Staatsratsvorsitzenden, der heute als ein Staatsrat gehandelt, wenn nicht behandelt wird. Ihn mit dem „Führer“ zu vergleichen, wäre schief. Aber eines ist er doch: der Abteilungsleiter der sowjetischen Weltmacht – Abteilung Deutschland.

Er wird uns besuchen, diese Bundesregierung legt (nicht als erste) Wert darauf, aber es sollte wenigstens klar sein, wer uns da besucht. Ist es der Erich von Wiebelskirchen (Bismarck hätte ihn, wenn überhaupt, als „Perle“ bezeichnet), der zum Heilmittel aus Oggersheim und zum Franz-Josef von Bayern kommt, der Joviale vom Werbelinse und von Leipzig, von dem Klaus Bölling in seinem Buch „Die fernen Nachbarn“ zu sagen weiß, er träume „unausweichlich deutsch“, er verfüge über Moralbedürfnis, wie mancher unter den älteren westdeutschen Gewerkschaftsführern – das wären Leute wie Böcker und Loderer? Oder besucht uns das Patenkind des fernen Nachbarn Stalin, der Ziehsohn jedenfalls von Walter Ulbricht, dessen Befehl, in Berlin eine Mauer zu bauen, der Getreue perfekt durchgeführt, wie bösartige Befehle ja seit jeher „durchgeführt“ wurden?

Natürlich ist es gar keine Frage, wer uns da besucht. Die Fragezeichen spiegeln in diesem Falle nur das Erstaunen darüber, daß das Bildnis eines Politikers, das buchstäblich fest gemauert in der Erde steht, fast in sein Gegenteil umgemodelt werden kann. Honeckers Lebensarbeit am Freiheitsentzug für Deutsche rutscht in Nebensätze. Ausgerechnet diejenigen Intellektuellen, die die Frischgewaschene und Frischrasierte seines Typs, neigen sie nur ein wenig nach rechts, als Prototypen der postkommunistischen „Angestelltenkultur“ qualifizieren, wohnen in dem gleichgestalteten Erich Honecker, „vielleicht die Idee des deutschen Gesamtstaates, bevölkert von fleißigen



Perle von Wiebelskirchen: Erich Honecker

FOTO: SYEN SIMON

El Salvadors Sieger der ersten Runde: Der Wähler

Mit Chavez Mena wären die Christdemokraten wohl besser gefahren / Von Manfred Neuber

Wer in El Salvador als neuer Präsident am 1. Juni die Interimsregierung ablösen wird, muß in einer Stichwahl entschieden werden. Bei den Präsidentschaftswahlen am Sonntag gab es, wie vorausgesehen war, noch keinen eindeutigen Gewinner. Dennoch gibt es einen Sieger der ersten Runde: den Wähler. Die Bürger ließen sich nicht von der Guerrilla einschüchtern, und sie ließen sich auch nicht durch organisatorische Mängel davon abhalten, ihrer Wahlpflicht nachzukommen.

Nach vier Jahren des Bürgerkrieges mit mehr als 45 000 Opfern wünscht das Fünf-Millionen-Volk nichts sehnlicher als inneren Frieden. Aber die Bereitschaft zur Verständigung bleibt auch zwischen El Salvadors nichtkommunistischen Parteien beklagenswert schwach.

Das liegt an der Zuspitzung des politischen Kampfes zu persönlichen Feinden. Der Christdemokrat José Napoleón Duarte, im ersten Durchgang erstplatziert, hält den rechten Rivalen Roberto d'Aubuisson für einen Faschisten, der seinerseits Duarte als verkappten Kommunisten hinstellt. Eine Alternative Duarte oder d'Aubuisson bei der Stichwahl, unabhängig vom gegenwärtigen Stimmenanteil, läßt noch jeden Ausgang offen. Denn das Wahlerpotential des Dritten vom Sonntag, Francisco Guerrero von der Nationalen Versöhnungspartei, muß den Ausschlag geben – ohne daß eine Präferenz zu erkennen wäre.

Guerrero trat gewissermaßen als Regierungskandidat auf, und er wäre als Politiker der Mitte weiten Kreisen der Bevölkerung und den Vereinigten Staaten genehm gewesen, aber für einen Wahlsieger fehlt ihm das Charisma der beiden anderen. Wer bietet ihm jetzt mehr für seine Unterstützung im entscheidenden Wahlgang? Vor diesem Dilemma hätte El Salvador nach Auffassung erfahrener Beobachter nicht stehen müssen, wenn die Christlichen Demokraten mit einem anderen Präsidentschaftsbewerber aufgetreten wären. Dem jungen, brillanten Fidel Chavez

Mena, Außenminister seines Landes, traut man zu, weitaus mehr Kräfte hinter der PDC zu integrieren, auch solche, die sich an Duarte stoßen.

Doch die populistische Führungsgestalt dieser Volkspartei, nach der Wahl 1972 vom Militär um den Sieg betrogen, mißhandelt und auf sieben Jahre ins Exil gezwungen, setzte sich hemdsärmelig durch – Duarte hätte wohl diesmal noch nicht ohne die Gefahr einer Parteispaltung übergangen werden können. Für die amerikanische Regierung, die mit dem Kongreß in Washington um die weitere Unterstützung für El Salvador ringt, stellt Duarte das kleinere Übel gegenüber d'Aubuisson dar. Der darf, als Drahtzieher der rechtsextremen „Todeskommandos“ verdächtigt und mit den Morden an Erzbischof Romero und den vier amerikanischen Nonnen in Verbindung gebracht, nicht in die USA einreisen.

Sollte schließlich Duarte das Rennen machen, muß er die erste Zeit mit einem großen Handicap regieren. Die Verfassungsgebende

IM GESPRÄCH Wilfried Haslauer

Fest in der Festspielstadt

Von Carl Gustaf Ströhm

Seit er am Sonntag bei den Landtagswahlen für die Österreichische Volkspartei in Salzburg die absolute Mehrheit errang und den in der Wiener Regierung zusammenarbeitenden Sozialisten und Freiheitlichen schwere Verluste zufügte, ist der Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer in Österreich der Held des Tages. Der kleingewachsene, drahtig-schlanke Mann, der mit seinen Bergbauern ebenso ungezwungen zurecht kommt wie mit Festspielgästen aus der großen weiten Welt, läßt allerdings nichts von Siegestaumel oder gar Übermut spüren. Nachdem er die Sozialistische Partei dezimiert und ihr auch noch die sicher scheinende Mehrheit in der Festspielstadt entrissen hat, sagt der Landeshauptmann, er wolle bei den kommenden Parteienverhandlungen die Sozialisten keinesfalls überfordern. Er wolle vielmehr „maßvoll“ und „moderat“ sein. Gerade mit der nun errungenen absoluten Mehrheit wolle er auch den Geschlagenen – vor allem den aus der Landesregierung hinausgefolgten Freiheitlichen (FPÖ) – die Zusammenarbeit anbieten.

Diese Haltung entspricht dem Salzburger Klima, das allem Radikalismus entgegensteht. Es zeigt sich hier aber auch, daß der Chef der Salzburger Landesregierung – nach den Regeln der Bundesrepublik wäre er Ministerpräsident – strategisch denken muß. Wenn es nämlich der Volkspartei gelingen sollte, den Salzburger Trend fortzusetzen (bei den bevorstehenden Arbeiterkammerwahlen und den Tiroler und Kärntener Landtagswahlen), dann könnte es zu einem Zerfall oder einer Spaltung der FPÖ, des kleinen Koalitionspartners der Sozialisten in der Wiener Bundesregierung, und damit zu einem Sturz des Kabinetts Sinowatz/Sieger kommen. Haslauer hätte, wenn das so käme, in Salzburg eine Lawine losgetreten. Der 1936 als Sohn eines Eisenbah-



Lawine in Österreich? Landeshauptmann Haslauer. FOTO: BACHNER

ners geborene promovierte Jurist, dessen Familie von einem Bergbauernhof stammt – er selber sagt, er sei in „bescheidenen Verhältnissen“ aufgewachsen – verweist auf die Rolle des Landes Salzburg im gesamten österreichischen Zusammenhang. Es sei das drittkleinste Bundesland, stehe aber in seiner wirtschaftlichen Entwicklung an der Spitze. Salzburg sei neben Wien die größte wirtschaftliche und kulturelle Aktivzone Österreichs. Es habe mit drei Prozent eine weit unter dem österreichischen Durchschnitt liegende Arbeitslosenrate; sein Regionalprodukt liege erheblich über dem österreichischen Brutto-Inlandsprodukt. „Sie können uns, was unsere Wirtschafts- und Sozialstruktur angeht, mit Baden-Württemberg vergleichen, nur sind wir natürlich viel kleiner“, gibt sich Haslauer, der seit 1977 Landeshauptmann ist, bescheiden. Der Zufall wollte es, daß beide Länder am gleichen Tag wählten und das Ergebnis ähnlich ausfiel. Nur in einem Punkt unterschied sich das Resultat. Die Grünen konnten im Lande Haslauers keinen Erfolg erringen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE RUHR ZEITUNG

Zur Frage der Finanzverteilung heißt es in dem Essener Blatt:

Die Bundesregierung würde sich selbst einen schlechten Dienst erweisen, würde sie im Sonnenschein des beginnenden Frühjahrs in Spenderlaune geraten. Die betroffenen Bürger, die mit ihren Opfern zur Sanierung der öffentlichen Haushalte beigesteuert haben, würden das nicht verstehen. Hier soll bereits Geld verteilt werden, das es noch nicht gibt. Der Bundesfinanzminister weiß genau, daß eine Verbesserung des Familien-Lastenausgleichs erst 1986 möglich ist. Die Spender-Kameraden in allen politischen Lagern tun aber so, als wären die Kassen wieder voll und als könnten sie im nächsten Jahr mit der Politik der Wahlgaben beginnen. Ihnen sei ins Stammbuch geschrieben, daß sie damit die notwendige Stabilitäts-Politik gefährden und dabei das größte Problem außer acht lassen, das uns alle mehr als andere bedrückt: Das Heer der Arbeitslosen, die große Zahl der jungen Leute, die vor verschlossenen Türen stehen.

WESTFALEN-BLATT

Die Bielefelder Zeitung kommentiert Anmerkungen Farthmanns:

Viele Ärzte also betreiben angeblich eine „riskante Verschreibungspraxis“. Der Mann, der diese Diagnose stellt, ist vom Ressort her auch für Gesundheitsangelegenheiten zuständig und ist dennoch – aus der Sicht der von ihm in Verdacht Gebrachten – Laie im Ministeramt: der

SPD-Professor Friedhelm Farthmann. Und genau dies war der Angriffspunkt für die Gegenattacke, wie sie gestern sogleich die Pharma-Industrie geritten hat. Der „Lale Farthmann“ nämlich wird sich im Entrüstungsturm des empörten Berufsstandes der bundesdeutschen Mediziner daran messen lassen müssen, ob er sich unverhofft – unpflichtig im Besitz anscheinend beweislosiger Statistikkumale – nicht zu einer sachlich unhaltbaren Pauschalschelte der Ärzteschaft hat hinreißen lassen. Womöglich haben ihm schlechte Ratgeber einen Schnellschuß eingebracht? Andererseits: Im Publikum wächst Unbehagen angesichts der immer höheren Medikamenten-Flut. Deshalb ist nicht rüde Polemik, sondern sachliche Erwiderung auf Farthmanns Vorstoß geboten.

THE TIMES

Die britische Tageszeitung sieht im Ergebnis der türkischen Kommunalwahlen eine Bestätigung für die Rechtmäßigkeit der Regierung von Ministerpräsident Özal:

Die Behauptung, daß Ministerpräsident Özal und seine Partei keine gewählten Führer der Türkei seien, klingt nach den Kommunalwahlen vom vergangenen Wochenende nicht mehr überzeugend. Weiter bestehende Zweifel an der Legitimität des türkischen Parlaments müssen sich dagegen nunmehr auf die in Ankara offiziell vertretene Opposition konzentrieren. Denn da gibt es tatsächlich eine Anomalie: Die zwei im Parlament vertretenen Oppositionsparteien, die nahezu die Hälfte aller Sitze halten, repräsentieren auf der Basis der Kommunalwahlen weniger als 15 Prozent der Wähler.

Direkte Grund

„Dies ist für uns beide keine einfache Stunde“

Für General Kießling waren es zwei Tage der Genugtuung. Am Montag verabschiedete sich die Bundeswehr mit einem Großen Zapfenstreich. Dabei waren Minister Wörner und NATO-Oberbefehlshaber Rogers. Gestern war er Gast bei Bundespräsident Carstens. Was bleibt, ist „manche Bitterkeit“.

Von RÜDIGER MONIAC

Seit dem 14. September des vergangenen Jahres, als General Kießling in seinem Hauptquartier den Anruf des Generalinspektors erreichte, er möge in einer dringenden persönlichen Sache sofort nach Bonn kommen, sind für ihn viele Wochen und Monate schmerzhafter Anfechtungen vergangen. Kießling ein Sicherheitsrisiko, und all das, was dahinter vermutet wurde? Jeder hat viel davon gehört, zu viel.

An diesem Montagabend, dem 26. März, erleben die Soldaten in der Kaserne von Neustadt, einem kleinen Ort in Hessen, der viel Mittelalter in der Gegenwart herübertrug, einen fast heiteren, jedenfalls gelassenen General.

Kießling, so wirkte er, scheint schon auf dem Wege des Vergessens der tiefen Seelenwunden, die ihm der „Apparat“ der Sicherheitsdienste und mit ihm der für sie verantwortliche Minister schlug.

Aber auch Wörner, der dieser MAD-Bürokratie bis hinauf zum Staatssekretär zu sehr vertraute, trug schwer unter dieser Last. Auch an ihm sind die letzten Monate nicht spurlos vorübergegangen.

Wörner hat alles akzeptiert, was der General sich von ihm für diesen Abschied von der Truppe erbitten hatte. Zuvor war es nicht der Große Zapfenstreich an dem Ort, wo er vom April 1967 bis März 1988 das hier beheimatete Panzergrenadierbataillon 142 (damals trug es die Nummer 62) geführt hatte; ein Treffen mit alten Freunden und Bekannten aus den vielen Jahren eines langen Soldatenlebens; schließlich die Rede des Oberbefehlshabers der Bundeswehr in Friedenszeiten, die, wie sich das gehört, bei der Gelegenheit einer Generals-Zur-Ruhe-Setzung zu halten ist.

Der Kommandeur der Brigade 14, zu der Kießlings eigenes Bataillon gehört, hat, weil es sich zudem so einrichten ließ, für den General an diesem Tage noch eine ganz eigene Besonderheit arrangiert. Am Tage von Kießlings Großem Zapfenstreich beging das Bataillon, das das Eichenblatt im Wappen führt, auch feierlich den Wechsel seines Kommandeurs. Natürlich war der General der Ehren-gast einer Zeremonie mit fast schon familiärem Charakter.

Zu dieser Veranstaltung kamen Gäste nur aus der näheren Umgebung. Als sie mittags mit dem General im kleinen Offiziersheim zum Umtrunk beisammenstanden, war kaum zu ahnen, wie schnell sich bis zum



Abschied im Dunkeln: Minister Manfred Wörner und General Günter Kießling.

FOTO POLY PRESS

frühen Abend die Szene mit dem Genknatter von Hubschraubern und der Anfuhr einer andersgearteten Prominenz verändern würde.

Nicht, daß Kießling den Nachmittag vor dem anstrengenden Abend zur Ruhe genutzt und sich zurückgezogen hätte. Im Gegenteil machte er mit bei der Generalprobe für den Großen Zapfenstreich. Wie die Truppe samt Musikkorps die Zeremonie auf dem weiten, geebneten Platz übte, so tat es auch der General. Er ließ es nicht zu, daß ihn bei der Probe ein anderer vertrat. Er tat es freilich nur an diesem Nachmittag, die jungen Soldaten hielten die Vorbereitung auf den Zapfenstreich volle vierzehn Tage von ihrer normalen Ausbildung ab. Mancher von ihnen fragte, ob nicht zu viel Zeit verschwendet werde.

Während der Anfuhr der Gäste durch das Haupttor der Kaserne zieht

– weit entfernt – durch den kleinen Ort eine Marschspalte von rund 200 Anti-NATO-Protestlern. Aus Marburg sind sie zumeist angereist, wo der Rummus der Universität solchen „Alternativen“ noch immer eine Menge Nahrung gibt.

Von der Demonstration hört und sieht man in der Kaserne nichts. Die Abschirmung der Polizei ist perfekt. Derweil steht Kießling gemeinsam mit dem „Oberbefehlshaber“, dem Minister Wörner, in der einfachen Mannschafskantine unter dem grünen Wappenblatt „seines“ Bataillons und begrüßt die Ehrengäste. Allen voran US-General Rogers mit seiner Frau Ann. Ihrem herzlichen Charme gelingt es, viel von dem Eis zu brechen, das sich zwischen Wörner und Kießling noch aufbaut. Spontan deutet sie beim Minister einen Wangenkuss an, bei Kießling aber derer

gleich zwei: einen links und einen rechts. Das Lachen hilft die Spannung lösen. Die meisten Gäste wissen nicht, daß sich Wörner und Kießling vorher schon fast eine Stunde lang unter vier Augen ausgesprochen haben, und sie vereinbarten, ihr Gespräch am Tage darauf im Büro des Ministers in Bonn fortzusetzen.

Auch Wörners Amtsvorgänger Hans Apel ist gekommen; vom Verteidigungsausschuß des Parlaments sein Vorsitzender Biele von der CSU, die SPD-Abgeordneten Horn und Kolbow sowie Uwe Ronneburger von der FDP-Fraktion. Sie alle haben wesentlich durch ihre Arbeit im Untersuchungsausschuß dazu beigetragen, diese in der deutschen Militärgeschichte einmalige schimpfliche Pensionierung und ehrenvolle Reaktivierung eines Spitzengenerals innerhalb weniger Wochen in ihren Hintergründen aufzudecken.

Als Wörner zu seiner Rede zu Kießlings Abschied anhebt, ist die Spannung im Saal groß. Man lauscht fast atemlos und hört einen Minister, der mit belegter Stimme sagt: „Dies ist für uns beide keine einfache Stunde. Sie ist vor Mißdeutung nicht gefeit. Dennoch entspricht dieser zu Ihrem Abschied gegebene Große Zapfenstreich nicht nur der guten Ordnung und Ihrem berechtigten Wunsch, sondern er bedeutet die verdiente Anerkennung Ihrer Leistungen als Soldat und Offizier im Dienst der Bundesrepublik Deutschland.“ Wörner gibt einen kurzen Abriss von Kießlings Soldatenleben und erwähnt dann drei Eigenschaften, die ich im Laufe unserer Bekanntschaft an Ihnen besonders schätzen gelernt habe. Kießlings vorbildliche Pflichtauffassung, seinen für Tradition ausgeprägten Sinn und „Ihr festes Eintreten für das Atlantische Bündnis“. Zum Schluß der kurzen Rede spricht der Minister von den „schweren Kränkungen“, die Kießling habe hinnehmen müssen. Er bedauere das zutiefst, fügt er hinzu und den Wunsch, es möge zwischen ihnen eines Tages wieder jenes menschliche Einvernehmen entstehen, das unsere Bekanntschaft so lange geprägt hat.

Kießling mischt seinen Dank an Wörner mit dem jedem verständlichen Hinweis an „manche Bitterkeit“, die er erlitten habe. Nobel läßt er es dabei. Draußen brennen schon die Fackeln für seinen Großen Zapfenstreich.

Als der Profos mit dem Stock den Zapfen strich

Die Tradition, einen verdienten Soldaten mit einem Großen Zapfenstreich zu verabschieden, wurzelt im militärischen Brauch des angehenden 19. Jahrhunderts. Bevor damals für die Truppe im Feldlager die Nachtruhe begann, ging der Profos, der Wachhabende, mit einigen Spielleutendurch die Schenken und strich mit dem Stock über den Zapfen des Fasses – für den Wirt das Zeichen, den Ausschank zu beenden. Danach war es üblich, am Tor bei der Wache noch ein Abschiedslied zu spielen.

Der Preussische König Friedrich Wilhelm III. beobachtete dies während der Freiheitskriege gegen Napoleon bei den verbündeten Russen und verfügte am 10. August 1813: „Daß die Wachen von jetzt an, wenn Reveille oder Zapfenstreich geschlagen wird, ins Gewehr treten, sodann das Gewehr präsentieren, wieder schultern und abnehmen und, ihn mit beiden Händen vor dem Gesicht haltend, ein stilles Gebet, etwa ein Vaterunser lang, verrichten sollen.“

Solche verschiedenen Zapfenstreich-Stücke von Fußtrup-

pen und berittenen Truppen wurden später zusammengefaßt und gemeinsam mit dem Gebet in die noch heute gebräuchliche Form des Großen Zapfenstreichs gegossen. Das tat Wilhelm Wieprecht, der Direktor aller Musikkorps des Preussischen Gardekorps. Seitdem lautet die Musikfolge: Locken zum Zapfenstreich, Zapfenstreich, drei Stücke zum Gebet, Gebet. „Ich bete an die Macht der Liebe“ von Bortnianski, Abschlagen nach dem Gebet, Ruf nach dem Gebet. Nach 1918 kam als Abschuß die Nationalhymne hinzu.

Als Stücke der Retraite, die sich der zu Verabschiedende aussuchen kann, wählte General Kießling den Petersburger Marsch als Dank an seinen Vater, das Marburger Jägerlied als Zeichen für seine Verbundenheit mit seinem Bataillon und der Bundeswehr sowie die Weise „Ich hab' mich ergeben mit Herz und mit Hand. Mein Lieb, mein Treu, mein Leben, mein deutsches Vaterland.“ Der Text verdeutlicht, was Kießling damit ausdrücken wollte.

Mitterrand findet in USA Frankreichs Zukunft

Nach seinen Gesprächen in Washington reist Frankreichs Präsident Mitterrand durch die amerikanische Provinz. Im Mekka der Computer-Industrie, dem „Silicon Valley“ in Kalifornien, lernt er die Vorteile des privaten Engagements kennen.

Von A. GRAF KAGENECK

François Mitterrand sitzt in einem Betonschuppen und drückt angestrengt die Kopfhörer an beide Ohren. Der Schuppen steht auf dem Gelände der Stanford-University in Kalifornien und ist das künftige Zentrum für integrierte Systeme (CIS), mit dem sich die USA, neben anderen Forschungszentren verstreut über den Kontinent, vor den Japanern und Europäern an die Spitze der dritten industriellen Revolution setzen wollen.

Um Mitterrand herum sitzen die geschäftigsten Köpfe dieser Elite-Universität: Rektor Donald Kennedy, sein Stellvertreter John A. Young, der Nobelpreisträger und Bio-Chemiker Paul Berg, Edward Feigenbaum, Autor von „Die fünfte Generation“ und Computer-Wissenschaftler, David Morgenstern, Gerald Lieberman, James Meindl, Gene Amdahl. Alle sind Forscher, Spezialisten der Datenverarbeitung, der Technologie der integrierten Systeme. Es sind Leute, die sich schon über das dritte Jahrtausend beugen. Sie sind balleibe keine abstrakten Professoren, sondern Männer aus der Spitzenindustrie der USA. Bei manchen veratmen die Namen ihre Herkunft; sie sind Söhne deutscher Emigranten.

Mitterrand ist nicht allein gekommen. Er hat einen wohl gewählten Strauß von französischen Wissenschaftlern mitgebracht, die auch nicht gerade von vorgestern sind, die aber nicht über die phänomenalen Mengen an Wagnis-Kapital verfügen, mit denen ihre amerikanischen Kollegen arbeiten können. Manche haben übrigens dem dirigistischen, zentralistischen Frankreich schon lange den Rücken gekehrt und sich hier in „Silicon Valley“ niedergelassen, wo die Ergebnisse der Forscher von Stanford in der Technologie, Biotechnologie und Elektronik unmittelbar industriell in über 1400 Betrieben angewandt werden. Die Berater Mitterrands aus dem Elisee, Jacques Attali und Jacques Lantmann, Jacques Stern von Honeywell-Bull und Abel Farou, sein wissenschaftlicher Sonderbotschafter hier in Kalifornien, sitzen um ihren Präsidenten herum. Man diskutiert eine Stunde lang darüber, was der eine vom anderen lernen kann.

Mitterrand ist fasziniert von dieser amerikanischen Erfolgsstory, die sich seinen Augen bietet. Hier nämlich hat sich ein Traum verwirklicht, dem der Sozialist und Philosoph im Elisee-Palast seit langem anhängt: die äußerst fruchtbare Symbiose von Forschung, Universität und Industrie aus der ein Industriestaat schlechterdings lebt: Fortschritt, wirtschaftlicher Aufschwung und Eroberung der Weltmärkte von morgen. Daß diese Symbiose nur lebensfähig ist, wenn sie ständig von Kapital begleitet wird, wird ihm hier von den besten Spezial-

listen der „Venture Capital“-Finanzierung vor Augen geführt. Hier wird mit einem Wagnis-Kapital von 50 bis 60 Milliarden Dollar gearbeitet, das ist ein Drittel des Gesamtaufkommens solcher Risiko-Gelder in den USA. Das Geld kommt vorwiegend aus der Industrie und von privaten Banken.

Da muß der Präsident seinen Sozialismus zu Hause lassen. Mitterrand versucht schwach anzumerken, daß man in Frankreich in solchen Fällen den Staat einschaltet, der der verstaatlichten Industrie den „Eplan“ vermittelt muß. „Ohne den Staat geht bei uns nichts“, gibt er bescheiden zu. Später gesteht er ein, daß die Ideologie in Frankreich nicht immer konform geht mit der technologischen Revolution, daß sie aber „kein Hindernis“ sein dürfe. Man werde sich in Frankreich vom amerikanischen Beispiel inspirieren lassen. Der junge Steven P. Jobs, Vorstand von Apple Computer, nimmt kein Blatt vor den Mund. „Wenn wir in Europa investieren, gehen wir nach England oder Deutschland. In Frankreich gibt es viel zu viele administrative Hindernisse.“ Man sieht dem Gast an, daß ihn das trifft.

Mitterrand will wissen, was man denn schon praktisch erreicht habe. James Meindl, ein Professor für Electrical Engineering, liefert ein Beispiel: „Wir haben hier Hörapparate für Taube entwickelt. Vor 12 Jahren, als wir angingen, hatten unsere Dinger 2000 Transistor-Mikroprozessoren. Heute bauen wir 450 000 ein. Am Ende des Jahrhunderts werden sie eine Milliarde sein.“

Mitterrand reagiert nachdenklich: „Ohne ein Forscher zu sein, sehe ich, daß wir mitten in der Revolution sind. Das ist frapierend, das ist sehr ansprechend für den Geist.“ Auf seine Frage, wie sich denn eine computerisierte Welt auf den Arbeitsmarkt auswirken werde, findet der französische Präsident auch bei den Ameri-

kanern in Kalifornien keine Antwort.

Rektor Kennedy gibt zu, daß Prognosen riskant sind, daß man aber in den USA in den letzten Jahren immerhin Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen habe. Mitterrand muß grimmig zugeben, daß Frankreich stark in Rückstand geraten ist, daß man diesen aber aufholen werde. Da wiesen die französischen Journalisten, die ihn auf dieser Reise begleiten und von einem Nebenzimmer aus der Debatte über den Bildschirm folgen, plötzlich, daß ihr Präsident nicht allein in die USA gereist ist, um Reagan zu treffen und mit ihm Routine-Fragen auf dem west-östlichen Diwan in Washington zu erörtern; nein, daß er sich hier in Kalifornien Rat und Mut holen will, die von ihm immer wieder beschworene „dritte industrielle Revolution“ auch in Frankreich zu verwirklichen.

Das hat er auch am Morgen dem Gouverneur von Kalifornien im großen Auditorium der Berkeley University gesagt. Das hat er auch auf dem Flug hierher bei einem Stopp in Atlanta amerikanischen und französischen Industriellen versprochen, und das sagt er jetzt auch hier in Stanford. Es soll sein Lebensziel sein, ein Monument seiner Präsidentschaft, das Erbe, das er in Frankreich hinterlassen will. Daß er dazu die Methoden ändern und ideologischen Plunder über Bord werfen muß, daß dies einer gründlichen Revolution des französischen Zentralismus und Dirigismus bedarf, das alles ist ihm schon im Vorjahr in Japan aufgegangen. Hier hat sich sein Eindruck so verstärkt, daß er öffentlich Abhilfe schwört.

Keht nun ein gewandelter Mitterrand nach Frankreich zurück? Noch in den USA ließ Mitterrand seine Landsleute wissen, daß er ihnen mit seiner Reise eine „message“ zukommen lassen wollte: eine Botschaft aus einer anderen Welt.



Gast und Gastgeber: François Mitterrand und Ronald Reagan

FOTO: DIE WELT

Direktor Mays neues Haus ist schon 50 Jahre alt. Wann hat er den Grundstein dafür gelegt?



Nach seinem Traumhaus mußte Alexander May lange suchen. Stil und Niveau sollte es haben, einen Garten mit alten Bäumen und natürlich eine gute Lage. So etwas ist rar und teuer. Aber weil er damit rechnete, hatte Herr May den finanziellen Grundstein schon frühzeitig gelegt. Jetzt konnte er zugreifen.

Sein rechtzeitig abgeschlossener Bausparvertrag ist zuteilungsfähig und garantiert einen niedrigen Festzins. Auch die 1. Hypothek bereitete keine Schwierigkeiten. Wir arbeiten mit zwei Hypothekenbanken zusammen. Mit seinen Investmentanteilen und anderen Wertpapieren verfügt Direktor May über ein solides finanzielles Fundament. Er weiß, warum er Kunde bei uns ist. Denn wir bieten zur qualifizierten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken. Ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen – und dies bei jeder der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,6 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

DG BANK
Deutsche Genossenschaftsbank
8 regionale Zentralbanken
Bausparkasse
Schwäbisch Hall
DG HYP
Deutsche Genossenschaftsbank Hypothekenbank
OIFA
Deutsche Immobilien Fonds AG
Münchener Hypothekbank eG
R + V Versicherung
Union-Investment-Gesellschaft



V x Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Namibia will deutsche Hilfe nicht erst nach der Unabhängigkeit

Erwünscht sind Ausbildungsprojekte / Bonn besteht auf Klarheit über die Zukunft

BERNT CONRAD, Windhuk
Die Bundesrepublik Deutschland sollte nach übereinstimmender Ansicht der Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwest (IG) schwarzer Politiker in Windhuk und des südafrikanischen General-Administrators aufgrund ihrer „besonderen Verantwortung“ mehr für Namibia tun. Gewünscht wird vor allem Ausbildungshilfe, die Südwestafrika gerade angesichts der jüngsten südafrikanisch-amerikanischen Friedensinitiativen den Weg in die Unabhängigkeit erleichtern soll.

Dabei beruft man sich in Windhuk darauf, daß die Bundesregierung sich erst vor drei Monaten in Beantwortung einer Großen Anfrage der SPD „aufgrund der deutschen kolonialen Vergangenheit“ noch einmal ausdrücklich zur besonderen Verantwortung Bonn's für Namibia und alle seine Bürger bekannt habe. „Weshalb sagt die Bundesregierung das, tut aber praktisch nichts dafür?“ fragen deutschsprachige und andere Südwestafrikaner kritisch.

Der Bonner Afrika-Beauftragte Haas sagte dazu vor kurzem in Windhuk: „Entwicklungshilfe größeren Umfangs aus dem Titel des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit kann nur aufgrund völkerrechtlicher Verträge von Staat zu Staat gegeben werden. Hier haben wir aber keinen Staat, sondern wir haben aus unserer Sicht und der Sicht der internationalen Gemeinschaft ein Land, Südwest/Namibia, das von Südafrika verwaltet wird und für das Südafrika die Verantwortung trägt.“ Haas fügte hinzu: „Investiert wird, wenn man

weiß, wie es weitergeht, und nicht, wenn man nicht weiß, wie es weitergeht.“

Der südafrikanische General-Administrator van Niekirk kommentierte das mit der ironischen Feststellung: „Wenn Bonn sagt, man werde nach der Unabhängigkeit helfen, dann ist das so, als ob jemand erst den Führerschein bekommt und dann Fahrstunden nimmt.“ Wer wie die Bundesrepublik daran interessiert sei, politisch am Unabhängigkeitsprozeß teilzunehmen, sollte ihn auch wirtschaftlich fördern, bemerkte Pretorias oberster Repräsentant in Namibia gegenüber deutschen Journalisten. „Ich kann nicht verstehen, daß das Bonner Auswärtige Amt nicht erkennt, wie dringend dieses Land Hilfe braucht, vor allem Ausbildungshilfe.“

Bonn müsse ja nicht mit ihm persönlich verhandeln, fuhr van Niekirk fort. Zum Beispiel könnte die Akademie in Windhuk gefördert werden. Auf diese Weise hätte Bonn nichts mit der Regierung zu tun, sondern mit einer neutralen Institution, die Leute für die Zeit nach der Unabhängigkeit ausbilde. Dabei könnten deutsche Stiftungen helfen. Doch bisher hätten solchen Projekten kleinliche Hindernisse im Weg gestanden. „Es ist wirklich niederschmetternd.“

Ebenso urteilen deutschsprachige Südwestler. „Die besondere Verantwortung Bonn müßte sich in konkreter Unterstützung, speziell bei der Ausbildung, niederschlagen. Das sollte nicht nur Deutschen oder anderen Weißen, sondern auch Schwarzen zugute kommen. Dann könnten wir den

Schwarzen sagen: 'Da seht Ihr, die Deutschen kümmern sich um Euch. Es zählt sich also aus, für den Westen zu sein.' Wenn Bonn erst nach der Unabhängigkeit helfen will, dann werden die Wahlen schon vorbei sein; dann können die demokratischen Kräfte nicht mehr von westlicher Solidarität profitieren“, heißt es bei der deutschen Interessengemeinschaft.

Hinzu kommt, wie in Windhuk erläutert wird, daß die „DDR“ außerhalb Südwestafrikas sehr aktiv die Ausbildung pro-kommunistischer Swapo-Guerillas zu künftigen Namibia-Beamten betreibt. Dazu würden UNO-Mittel verwendet, von denen man sicher sein könne, daß einige auch aus Bonner UNO-Beiträgen stammten.

Vor einseitigen Begünstigungen der Deutschen in Namibia hat in diesem Zusammenhang der Chef der schwarzen South West African National Union (SWANU), Katjiunga, gewarnt: Bonn sollte sich nicht bemühen, mit eventuellen Wahlgewinnern Vorteile für Deutsche auszuhandeln. Das wäre schrecklich für unser Streben nach einem einigen namibischen Volk. Deutschland sollte helfen, die deutsche Gemeinschaft und die anderen hier zusammenzuführen.

Katjiunga kritisierte das Bemühen von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, bei Swapo-Chef Sam Nujoma um Verständnis für die Interessen der Deutschen in Südwestafrika zu werben und beide in engeren Kontakt zu bringen. Auf diese Weise ist es schon zu drei Begegnungen zwischen Vertretern der Swapo und der IG gekommen.

Kohl will sich für Portugal einsetzen

Co. Bonn

Als entschiedener Befürworter einer portugiesischen EG-Mitgliedschaft wird Bundeskanzler Helmut Kohl heute zu einem 24stündigen Besuch nach Lissabon fliegen. Er wird seinen Gesprächspartnern, vor allem Ministerpräsident Mario Soares und Staatspräsident Eanes, die Zusage geben, daß Bonn sich innerhalb der EG dafür einsetzen wird, daß die Beitrittsverhandlungen mit Portugal termingerecht zum 30. 9. diesen Jahres abgeschlossen werden. Damit wäre sichergestellt, daß Portugal und Spanien mit Wirkung vom 1. 1. 1988 EG-Mitglieder werden können.

Kohl ist sich nach Angaben aus Bonner Regierungskreisen darüber im klaren, daß Portugal, besonders im landwirtschaftlichen Bereich, erhebliche Hilfeleistungen braucht. Diese Hilfe aus Bonn wird sich allerdings an den deutschen Finanzrahmen halten müssen. Generell will der Kanzler in Lissabon darauf hinweisen, daß die Europäische Gemeinschaft trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht stagnieren dürfe. Wichtig sei, daß alle Partner am Ziel der europäischen Einigung festhielten.

Zu den weiteren Themen der Gespräche werden die Ost-West-Politik und die Lage der NATO gehören. Angesichts der ausgezeichneten Beziehungen sieht Kohl auch Chancen zur Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit. Der Kanzler wird heute um 16.30 Uhr in Lissabon eintreffen und bis morgen nachmittag vier Mal bei Gesprächsrunden und Essen mit Soares zusammenkommen. Es ist auch eine gemeinsame Pressekonferenz beider Politiker vorgesehen.

Duarte läßt an seinem Wahlsieg keinen Zweifel aufkommen

Er will Reformen statt Revolution für El Salvador / Vorsprung vor d'Aubuisson

W. THOMAS, San Salvador
Als der siegreiche Kandidat am Tag nach der Wahl in El Salvador im Hof des Parteiquartiers erschien, um sich einem Heer von Hunderten Journalisten zu stellen, skandierten seine Anhänger im Chor: „Viva presidente Duarte.“ José Napoleon Duarte, der ein grünes Sportheim trug – grün ist die Farbe der Christdemokraten –, strahlte. Er küßte Frauen, umarmte Freunde und sagte: „Ich habe nie mit einem anderen Ergebnis gerechnet.“

Zwar verliefen die Präsidentschaftswahlen chaotisch, aber sie ließen keinen Zweifel, wenn die Mehrheit der Bevölkerung die Führung der Nation in den nächsten fünf Jahren anvertrauen möchte. Duarte liegt nach den letzten inoffiziellen Auszählungen weit vor seinem rechten Rivalen Roberto d'Aubuisson. Möglich, daß er sogar die 50 Prozent schafft.

Ob Stichwahl oder nicht: Dieser kleine Mann mit dem markanten Mezzingenschnitt übernimmt nun eine zentrale Rolle im mittelamerikanischen Drama. Auf Duarte lasten nicht nur die Hoffnungen von Millionen Landsleuten, die sich nach einem baldigen Frieden sehnen. Auch die Reagan-Regierung setzt auf ihn.

Duarte (57), ein gelernter Bauingenieur, repräsentiert eine ausserordentlich politische Rasse in dieser turbulenten Region: die demokratische Mitte. Er glaubt, daß soziale Reformen eine marxistische Revolution verhindern können. Er fordert eine größere Gerechtigkeit, die seiner Meinung nach durch gesetzlichen Druck erreicht werden muß. „Die Geschich-

te unseres Volkes ist eine Geschichte der Ungerechtigkeit und die einer geteilten Gesellschaft“, sagt Duarte. „In der Kluft zwischen jenen, die viel haben, und jenen, die hungern, sehe ich die Ursache dieses Konfliktes.“

Der hemdsärmelige Populist, der viele Probleme nach emotionalen und weniger nach intellektuellen oder pragmatischen Gesichtspunkten analysiert, ist eine so kontroverse Figur in El Salvador wie der frühere Geheimdienstmajor d'Aubuisson. Man haßt ihn oder man liebt ihn. Seine Persönlichkeit wirkt polarisierend.

Er wird geliebt in den Kreisen von der Mittelklasse abwärts. Typisch das pulsierende Arbeiterviertel Mejicanos in der Hauptstadt San Salvador, wo sich fast alle Gesprächspartner zu Duarte bekennen. Er wird gehaßt in den oberen Gesellschaftsschichten. Typisch, was Juan Maldonado erklärt, der Präsident des Privatunternehmer-Verbandes: „Ich habe mehr Angst vor Duarte als vor den (linken) Terroristen.“

Vermögende Salvadorianer wollen die zwei Jahre (1980 bis 1982) nicht vergessen, in denen Napoleon Duarte als Junta-Chef amtierte. Es war nicht nur eine Zeit der Reformen, das Land wurde verteilt, die Banken und der Außenhandel verstaatlicht. Es war auch eine Zeit der Mißwirtschaft. Duarte sieht heute selbst ein, daß der Privatsektor in den Entwicklungsprozeß integriert werden muß und nicht wie ein Gegner behandelt werden darf. „Wir haben damals Fehler

gemacht“, gesteht er, „das soll sich ändern.“

Geändert hat sich bereits sein Verhältnis zu den Streitkräften. Der christdemokratische Führer ist 1972 nach seinem Sieg bei einer Präsidentschaftswahl von den Militärs festgenommen, gefoltert und schließlich ins Exil geschickt worden. Er unterhält gute Beziehungen zu Verteidigungsminister Carlos Eugenio Vides Casanova und Stabschef Adolfo Blandon, einem General und einem Oberst. Er gratulierte ihnen persönlich zu dem „vorbildlichen Einsatz“ der Sicherheitskräfte am Wahlsonntag, dem er die „Unfähigkeit und Ineffizienz“ der Wahlkommission gegenüberstellte. Niemand weiß aber, ob in der Frage der Guerrilla nicht doch gravierende Differenzen zwischen der Armeeführung und Duarte bestehen.

Duarte sieht keine militärische Lösung des Konfliktes mit der marxistischen Rebellenbewegung Farabundo Martí (FMLN). Er möchte den blutigen Krieg „so schnell wie möglich“ beenden, der 45 000 Todesopfer in vier Jahren gefordert hat. Im Wahlkampf offerierte er einen „Dialog“ mit der anderen Seite, verwarf jedoch das Wort „Verhandlungen“. Die andere Seite verlangt dagegen Verhandlungen, die zunächst zu einer Regierungsbeteiligung und später zu Wahlen führen sollen. Nicht nur Duarte lehnt solche „Maximalforderungen“ ab, auch die Streitkräfte. Es gibt viele Vertreter des mittleren Offizierskorps, die glauben, daß ein militärischer Sieg möglich ist. (SAD)

Seite 2: Umgang mit Hindernissen

Guinea verliert seinen Führer: Nächster Afrika-Gipfel gefährdet

Sekou Toure betrieb Schaukelpolitik und brach die Macht der Häuptlinge

MANFRED NEUBER, Bonn
„Wir ziehen Armut in Freiheit dem Reichtum in der Sklaverei vor!“. Mit diesem stolzen Bekenntnis führte Ahmed Sekou Toure das westafrikanische Land Guinea im September 1958 in die Unabhängigkeit. Mehr als 25 Jahre hat er als Staats- und Parteichef in Conakry regiert. In der Nacht zum Dienstag starb er nach einer Herz-Operation in Cleveland (Ohio).

Der Präsident, der 62 Jahre alt wurde, hatte am Sonntag einen Herzanfall erlitten. Er wurde mit dem Privatflugzeug des saudiarabischen Königs Fahd von Conakry zur Behandlung in die USA geflogen. Nach seinem Tode herrscht eine 40tägige Staatstrauer in Guinea. Gemäß der Verfassung übernahm Ministerpräsident Lansana Beavogui zunächst die Amtsgeschäfte. Wer Nachfolger wird, gilt als offen.

Sekou Toure sollte auf dem nächsten Gipfeltreffen der Organisation für Afrikanische Einheit neuer OAU-Präsident werden. Als Gastgeber ließ er Luxusvillen für ein „Gipfel-Dorf“ bauen. Um ein Scheitern der Konferenz wegen des Westsahara-Streites zu vermeiden, flog er kürzlich nach Algerien und Marokko. Bei dem OAE-Treffen wollte Guinea selbst nach jahrelanger Isolation in die afrikanische Staatengemeinschaft zurückkehren.

Ein erster Schritt war die Teilnahme des Präsidenten am afrikanisch-französischen Gipfgespräch im vorigen Jahr in Vittel. Als Frankreich in

den fünfziger Jahren sein Kolonialreich auflöste, forderte Sekou Toure als einziger Afrikaner die sofortige Selbständigkeit, während andere Ge-



Ahmed Sekou Toure
FOTO: POLY-PRESS

biete sich vorläufig mit einer Teilautonomie in der „Communauté Française“ begnügten.

Der Bruch mit Paris war abrupt. Die Franzosen stellten jegliche Unterstützung ein, und die Wirtschaft sowie die Versorgungseinrichtungen brachen zusammen. Guinea schlug einen Kurs der Selbstgenügsamkeit ein, wandte sich dann um Hilfe an den Ostblock und hielt die Hand im Westen auf. Sekou Toure verstand es, die Schaukelpolitik für sein Land zu nutzen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der wichtigsten Handelspartner Guineas. Schon bald nach der Unabhängigkeit leistete Bonn dem

westafrikanischen Staat Entwicklungshilfe. Als Conakry 1971 die „DDR“ anerkannte, wurden die Beziehungen auf fünf Jahre abgebrochen. Im Jahre 1981 kam Sekou Toure in die Bundesrepublik.

Lange Zeit hindurch hatte er aus Furcht vor einem Staatsstreich sein Land nicht verlassen. Er wählte überall Verschwörungen, und nach einer fehlgeschlagenen Invasion politischer Gegner 1970 geriet Guinea wegen der Verhaftungen und Hinrichtungen unter den afrikanischen Staaten ins Abseits.

Sekou Toure, ein Moslem, war stolz auf seine Abstammung von der Keita-Dynastie, die erbittert gegen die französische Kolonialherrschaft gekämpft hatte. Sein politischer Aufstieg begann 1948 als Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes in Guinea. Er gehörte der französischen Nationalversammlung an und war Bürgermeister von Conakry.

Im Gegensatz zu anderen Führern junger Nationen in Afrika verabscheute Sekou Toure die Lenin-Preissträger und Träger des Großkreuzes der französischen Ehrenlegion war, zur Schau getragenen Reichtum, und er duldet auch keine Vetternwirtschaft.

Mit starker Hand verstand es der Präsident, der sich den Ehrentitel „Diener des Volkes“ gab, die Macht der Häuptlinge zu brechen und einen zentralistischen Parteiapparat aufzubauen.

FDP-Programm will „Freiheit für jedermann“

dpa, Bonn

Mit einer Modernisierung ihres Grundsatzprogramms wollen die Freien Demokraten liberale Antworten auf „Herausforderungen der Zukunft“ geben. Teile des Programms, die jetzt vom Bundesvorstand gebilligt und auf dem Parteitag Anfang Juni in Münster verabschiedet werden sollen, stellte FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer gestern in Bonn der Öffentlichkeit vor.

In der Präambel wird das Ziel bekräftigt, Freiheit für jedermann zu schaffen. In einer zunehmend verwalteten Welt sei die Freiheit ständig bedroht. „Durch konservatives Ordnungsdenken ebenso wie durch sozialistisches Planungsdenken.“

Neu in den gesellschaftspolitischen Grundsätzen ist die Forderung nach Abkehr von den in der Industriegesellschaft entwickelten starren Arbeitszeitformen und eine Liberalisierung des Arbeitslebens gefordert werden. In der Familienpolitik lehnt die FDP eine Änderung des geltenden Abtreibungsparagraphen 218 entschieden ab und betont, auch die Erstattungsfähigkeit der Kosten eines legalen Schwangerschaftsabbruchs durch die Krankenkassen müsse erhalten bleiben. Im Abschnitt soziale Sicherheit bekräftigt die FDP ihre Forderung nach mehr eigenverantwortlicher Vorsorge. Der Anstieg der Sozialausgaben mache die Grenzen des Sozialstaates für jedermann sichtbar.

Gesetz zur Förderung der Beschäftigung vorgelegt

Änderung bei der betrieblichen Altersversorgung

GISELA REINERS, Bonn
Arbeitnehmer, die in einem Zeitraum von vier Wochen mehr als acht Überstunden leisten, sollen dafür während des darauffolgenden Jahres einen Ausgleich in Freizeit erhalten. Diese kann im Zusammenhang mit dem Jahresurlaub genommen werden. Die Überstundenzuschläge müssen vom Arbeitgeber sofort nach ihrer Leistung gezahlt werden. Das sieht das „Gesetz zur Förderung der Beschäftigung“ vor, dessen Entwurf das Arbeitsministerium jetzt vorgelegt hat.

In einem weiteren Artikel des Gesetzes wird auch eine Änderung der betrieblichen Altersversorgung vorgenommen, die den Vorstellungen der Arbeitgeberverbände (BDA) und der Industrie (BDI) nur wenig entgegenkommt. Nach der Absicht von Bundesarbeitsminister Blum (CDU) soll das Artikelgesetz die Interessen derjenigen berücksichtigen, die einen Arbeitsplatz suchen. Bestimmte Teile, z.B. die Zulassung von befristeten Arbeitsverträgen und die längere Arbeitnehmerüberlassung sollen, wie die Überstundenregelung nur für einen Übergangszeitraum bis zum 31. Dezember 1988 gelten.

Ursprünglich war geplant, den Freizeitausgleich für Überstunden innerhalb von drei bis sechs Monaten vorzusehen. Jetzt muß nach Blums Plänen ein Arbeitnehmer unter Umständen bis zu einem Jahr warten, bis er seine Freizeit für geleistete Überstunden erhält. So erhält er zwar z.B.

die Zuschlagszahlungen für Überstunden im Weihnachtsgeschäft mit der nächsten Abrechnung; den Freizeitausgleich erhält er aber erst zusammen mit den Betriebsferien im Herbst.

In der Gesetzesbegründung wird zwar der Vorrang von Tarifverträgen betont, doch soll die Neuregelung Abweichungen ermöglichen. So wird z.B. die Nachwirkung von Tarifverträgen bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes aufgehoben. Läuft ein Tarifvertrag aus, wird er durch die neuen Vorschriften ersetzt.

Bei der Neuregelung der Betriebsrenten ist man von dem Plan abgegangen, die Einstandspflicht des Unternehmens aufzuheben, wenn der Empfänger schon über eine ausreichende andere Versorgung verfügt. Diese sollte erreicht sein, wenn der Betriebsrentner über 85 Prozent eines vergleichbaren Arbeitnehmerrentens verfügte. Die Pflicht zum Ausgleich des Kaufkraftverlustes soll jedoch nur bis zur Höhe des Lohnanstiegs für die aktive Belegschaft gelten.

Dem Wunsch der Wirtschaft nach Senkung des Zinsfußes für Pensionsrückstellungen ist man jedoch nicht nachgekommen. Die Haftung eines persönlich haftenden Gesellschafters wird auf fünf Jahre nach seinem Ausscheiden begrenzt und die Einstandspflicht des Insolvententrägers gilt nur noch bis zum Einfachen statt Dreifachen der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung (5 200 Mark).

Klare Empfehlungen aus der Fülle der Informationen.

Lassen Sie sich von der Fülle der Informationen nicht verwirren. Es gibt Wege, Ihr erarbeitetes Geld so einzusetzen, daß es hohen Ertrag bringt. Bei überschaubaren Risiken.

WestLB Anlageberatung
Grundlage für zielorientierte Anlageberatung und eigenständige Vermögensverwaltung ist eine von den WestLB-Experten erarbeitete Anlagestrategie. Sie berücksichtigt Ihr Liquiditätsbedürfnis, Ihre Risikobereitschaft, Ihre steuerliche Situation und Ihre Ertragsanforderungen.

Die WestLB ist mit Festverzinslichen von über 50 Milliarden DM am Markt: Pfandbriefen, Kommunalobligationen, sonstigen Schuldverschreibungen.

WestLB Wertpapierpalette
Über die WestLB können Sie ebenso alle Festverzinslichen und Aktien kaufen, die in der Bundesrepublik und im Ausland marktgängig sind. Sowie Spezialwerte.

Darüber hinaus bietet Ihnen die WestLB Zertifikate von in- und ausländischen Investment-Gesellschaften. Sowie Anteile von geschlossenen Immobilienfonds, wie z.B. von der WestLB Tochtergesellschaft RWI.

Je nach Ihrer steuerlichen Situation vermittelt Ihnen die WestLB steuerbegünstigte Beteiligungen oder

Berlin-Darlehen. Auf Wunsch finanziert Ihnen die WestLB auch den Kauf von Anlagewerten – und sie steht Ihnen für die Finanzierung von Immobilien zur Verfügung.

Übrigens: WestLB Festverzinsliche können Sie bei jeder Sparkasse und bei anderen Banken kaufen.

Ihre Erfolgchancen wachsen mit Ihrer Flexibilität. Dafür brauchen Sie eine flexible Wertpapierbank.

WestLB
Westdeutsche Landesbank
Girozentrale
Düsseldorf Münster
Zentralinstitut
der Sparkassen in NRW



In Hannover zeigen wir Ihnen, wie die Arbeitswelt sich ändert.

Die Welt von Produktion und Vertrieb. Von Handel und Verwaltung. Von Zentrale und Filiale. Von Managern und ihren Mitarbeitern.

Wir zeigen Ihnen, wie Sie mit Ihrem Professional Computer in München, Frankfurt oder Wanne-Eickel Kontakt aufnehmen können zu Professional Computern in New York, London oder Yokohama. Das läuft über die öffentlichen Fernmeldenetze der Postgesellschaften. Ganz gleich, ob leitungs- oder paketvermittelt. Drahtlos. Per Funk. Unsere Funk-Lösung ist das Remote Radio Net. Es ist so neu, daß es Ihnen sonst keiner zeigen kann.

Wir zeigen Ihnen den PIC, den Personal Image Computer. Mit ihm können Sie zusätzlich zu allen Möglichkeiten der Wang-Textverarbeitung Bilder zwischen Texten montieren. Oder darunter, darüber, daneben. Oder Sie können Grafiken neben Formeln setzen. Oder. Alles millimetergenau. In Sekunden. Digitalisiert über einen Scanner. Das ist so neu, daß es Ihnen sonst keiner zeigen kann.

Wir zeigen Ihnen, wie wir unsere Textverarbeitungs-Software noch einmal verbessert haben. Sie heißt jetzt WP-Plus. Mit ihr können Sie Dinge tun, die Sie mit keiner anderen Software tun können.

Wir zeigen Ihnen, wie wir Service als eigenes Produkt verstehen. Auf Ihrem Weg in die integrierte Bürokommunikation begleiten wir Sie von Anfang an mit einem umfassenden Angebot an Supply, Support, Services und Education.

Wir zeigen Ihnen das ganze System der integrierten Bürokommunikation von Wang. Mit all seinen Möglichkeiten in Grafik und Sprachverarbeitung, in Telekommunikation und Btx. Es ist in seiner Einfachheit, seiner Vielseitigkeit und Perfektion bis heute nicht übertroffen. Alle Wang-Systeme lassen sich nahtlos miteinander verbinden. Und mit fast allen anderen Systemen.

So zum Beispiel auf ganzer Breite mit IBM.

Besuchen Sie uns in der Halle 1, CeBit, C 7505. Damit wir Ihnen zeigen können, wie sich auch Ihre Arbeitswelt ändern kann. Wang-Computer. Bürokommunikation ohne Grenzen.

WANG

The Office Automation
Computer People.

WANG DEUTSCHLAND GMBH, LYONER STR. 26, D-6000 FRANKFURT/MAIN 71, TEL: 0611-6 67 50. WANG AG, TALACKER STR. 7, CH-8152 GLATTBRÜGG, SCHWEIZ. WANG GESELLSCHAFT M.B.H., LINKE WIENZEILE 234, A-1150 WIEN, ÖSTERREICH.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Grenze an der Elbe

Elbegruppe - Host zum Nordost-Ufer -
WELT vom 21. März

Dieser Artikel zeigt, wie unmöglich es ist, die Grenzfeststellung an der Elbe nach anderen Grundsätzen zu regeln, als es die Grenzkommission an der Landgrenze zur DDR entsprechend ihrem Auftrag vorgenommen hat. Dort hat es kein „Modus vivendi“ zum Ausgleich persönlicher Härten gegenüber Privatpersonen, welche in ihren Vermögensrechten betroffen wurden, gegeben.

An der Elbe darf es deshalb auch keinen „Modus vivendi“ geben, welcher die Entstehung der Demarkationslinie unberücksichtigt läßt und der Grenze zur DDR eine andere Qualität zubilligt, als dies nach dem Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland und dem Grundgesetzvertrag möglich ist.

Zu den alliierten Vereinbarungen wäre noch zu ergänzen: Die Karte A zeigt das Amt Neuhaus als zur britischen Besatzungszone gehörend. Ansonsten folgt die Abgrenzung der vorgesehenen Besatzungszonen dem Nordostufer der Elbe. Demnach wurden Vierwerder und Kaltenhof der britischen und Lütjenwisch der so-

wjetischen Besatzungszone zugewiesen. Die spätere Vereinbarung über das Amt Neuhaus verwendet ausdrücklich den Begriff „East of the River“ und nicht, wie bei der Abgrenzung der Besatzungszonen, zum Rhein „dem Talweg folgend“.

Die sowjetische Militäradministration hat auf der Elbe zu keiner Zeit eine Kontrollfunktion ausgeübt. Sonst wären die zahlreichen Kommunikationen zwischen der Bevölkerung dieserseits und jenseits der Elbe bis zum 26. Mai 1952 gar nicht möglich gewesen.

Die Einrichtung des Grenzkontrollpunktes bei Cumlosen oberhalb Schnackenburg und nicht etwa bei Boitzenburg zeigt deutlich, daß die sowjetische Militäradministration ein Kontrollrecht auf der Elbe unterhalb Schnackenburg nicht beanspruchte.

Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht gründet seinen Standpunkt auf die von den Siegermächten gesetzten Fakten. Er hat die Unterstützung der Elbanwohner.

Heinrich Badekan,
Brake

Weiter tätig

„Günster hat mehr als ihr Eigenkapital verloren“ - WELT vom 21. März

Sehr geehrte Herren, in Ihrem Bericht über die Verlustsituation der deutschen Mineralölwirtschaft vom 21. März schreibt der Verfasser, Herr Hans Baumann, wörtlich: „Die Folge wird der Abschied weiterer Gesellschaften vom Markt sein. Nach Gulf, Occidental und Amoco zeichnet sich ab, daß nach Chevron auch Elf und Frisia noch 1984 aufgeben.“

Durch diese Formulierung kann leicht der Eindruck entstehen, die Elf beabsichtige, sich vom deutschen Mineralmarkt zurückzuziehen. Dies ist nicht der Fall. Ich möchte daher klarstellen, daß die Elf Mineralöl GmbH auch nach Schließung der Erdölraffinerie Speyer weiterhin als Handelsgesellschaft im Mineralölgeschäft in der Bundesrepublik tätig sein wird und ihre Aktivitäten auf dem Tankstellensektor und in den anderen Vertriebsbereichen fortführt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hubert G. Lutz
Geschäftsführer der Elf
Mineralöl GmbH,
Düsseldorf

Wie bisher

„Leberleber Gleichheit“ - WELT vom 12. März

Herr Dr. jur. Mauritz ist dafür, eine „gesunde Konkurrenz“ durch eine weiterhin zu hohe Zahl an Ausbildungsstellen zu fördern. Im Bereich der Allgemeinmedizin ist bereits jetzt sichtbar, daß eine zu große Zahl an niedergelassenen Ärzten zu mehr Leistungen je Patient führen. Dieses Argument ist also eher ein Bumerang.

Die Gleichbehandlung der GOÄ 82 im Verhältnis zu alten Bug-Zahnärzten 1985 ist darin zu sehen, daß im Mittel das 2,3-fache der neuen GOÄ dem 8-fachen der alten GOÄ entspricht; dies wurde erreicht durch Anhebung der Einfachsätze. Ärzte und Zahnärzte liquidieren in der gleichen Höhe wie bisher.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. med. dent. A. Meurer
Mudersbach/Sieg

Wort des Tages

„Die Angst entspringt wie so vieles Böse in der Hauptsache dem Nichtsein. Wenn Sie etwas haben, dessen wegen Sie jeden morgen aufstehen müssen, dann haben Sie keine Zeit, sich viel um ihre Angst zu kümmern, weil Sie zu beschäftigt sind. Natürlich ist die Angst noch immer da, aber Sie haben einfache keine Zeit, sie allzu ernst zu nehmen.“

William Faulkner, am. Autor (1896 - 1962)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntypisch zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Israelis wollen das „Diktat“ der religiösen Parteien beendet sehen

Erwartungen für die Wahlen / Stabile Regierung und klare Mehrheiten in der Knesset

Von RAFAEL SELIGMANN

In allgemeines Aufatmen geht durch den jüdischen Staat. Vergangene Woche beschloß die Knesset vorgezogene Neuwahlen anzusetzen. Die Mehrheit der Israelis erwartete von dem kommenden Umpgang ein ganzes Bündel von Wundern.

Vor allem, eine stabile Regierung. Tatsächlich hat die Regierungskoalition, spätestens seit dem Rücktritt von Menachem Begin, faktisch ihre Parlamentsmehrheit verloren und war so gezwungen, sich von Abstimmung zu Abstimmung eine Mehrheit zu beschaffen. Auf diese Weise war Erpressungsmanövern kleinerer Parteien, ja oft einzelner Abgeordneter, Tür und Tor geöffnet. Damit wird bereits indirekt ein zweiter Punkt angesprochen, bei dem sich rund 90 Prozent der Israelis von den Wahlen eine Wende „zum Besseren“ erhoffen:

„Die Beendigung des Diktats der religiösen Parteien.“ Obgleich die religiösen Parteien nur von etwa einem Zehntel der Israelis gewählt werden, besitzen sie aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse im Parlament eine Vetofunktion im politischen Leben des jüdischen Staates. Die Nationalreligiöse Partei des Innen- und Polizeiministers Burg sowie des Erziehungsministers Hammer hat in den letzten Jahren den Israelis die Beschneidung der Schabbat-Gesetzgebung aufgezwungen und das Erziehungssystem des Landes systematisch „religionisiert“.

Für Rückzug aus Libanon
Ein anderes Problem, das die Israelis sich endlich vom Hals schaffen wollen, ist das Verbleiben von mehr als zehntausenden israelischen Soldaten in Libanon. Kaum einer im jüdischen Staat, der nicht die fast täglichen Verlustmeldungen im nördlichen Nachbarland liest. Die Arbeiterpartei hat sich die Forderung, unter anderem der Armeeführung, nach einem raschen Rückzug aus Libanon zu eigen gemacht.

Ein „Dauerbrenner“ ist die katastrophale wirtschaftliche Situation. Dieses Jahr wird die Inflationsrate die 200-Prozent-Marke überschreiten; in den vergangenen Monaten hat die

Arbeitslosigkeit erstmals seit fast zwei Jahrzehnten die 10-Prozent-Grenze erreicht.

Auch in der Siedlungsfrage wird das Land entzweit. Die Herut von Ministerpräsident Shamir und die Nationalreligiöse Partei fordern das Recht zur Errichtung jüdischer Siedlungen im „gesamten Land Israel“. Die Arbeiterpartei dagegen bleibt bei ihrem alten Konzept, jüdische Siedlungen nur an unbesiedelten, strategisch wichtigen Aufmarschgebieten, errichten zu lassen.

Von baldigen Wahlen erwarten die Israelis zunächst einmal klare Mehrheiten in der Knesset. Die Demoskopien prognostizieren einen klaren Sieg der Arbeiterpartei. Diese wiederum bezieht sich, Patentlösungen für alle anstehenden Probleme zu präsentieren: Zurückdrängung des Diktats der „Religiösen“ und der Zweigparteien; Konsolidierung der Volkswirtschaft; Beendigung der militärischen Intervention in Libanon und des Streits über die Siedlungspolitik. Die Erfahrung lehrt aber, daß dem Land nach den Wahlen so gut wie alle Probleme erhalten bleiben.

Dies hat soziale und außenpolitische Gründe, die seit der Staatsgründung praktisch gleichgeblieben sind. Mit Ausnahme Ägyptens verweigern alle arabischen Länder Israel die Existenzberechtigung, mehr noch, bei passender Gelegenheit versuchen sie, den jüdischen Staat zu zerstören. Dies bedeutet für Israel die Notwendigkeit, eine leistungstarke Armee zu unterhalten. Die Konsequenz ist eine hohe volkswirtschaftliche Belastung, die einmal zu einer hohen Auslandsverschuldung und zum anderen zu einer Verschärfung der sozialen Spannungen innerhalb Israels führt.

Seit den ersten Wahlen im Jahre 1949 gelang es keiner israelischen Partei, die absolute Mehrheit in der Knesset zu erringen. Selbst nicht zu Zeiten solch charismatischer Führungsfiguren wie David Ben Gurion, Golda Meir und Menachem Begin.

Die israelischen Wählerstimmen haben sich stets in drei Lager geteilt: Den drei, seit Anfang der 70er Jahre zusammengeschlossenen Arbeiter-

parteien, den gemäßigten Nationalreligiösen und den Orthodoxen Religiösen sowie den bürgerlichen Parteien. Bislang hat sich bei allen Wahlen ein ähnliches Abstimmungsmuster ergeben: Arbeiterpartei und bürgerliche jeweils etwa 40 Prozent, Religiöse rund zehn Prozent, Kommunisten, arabische Gruppen und Sonstige circa zehn Prozent. Dies bedeutet, daß sowohl die Bürgerlichen als auch die Arbeiterpartei auf eine Koalition mit den Religiösen angewiesen sind und selbst dann die Mehrheit des Regierungsbündnisses meist knapp bleibt.

Chancen der Parteien

Neue Parteien haben in diesem System durchaus Chancen, etwa die 1965 von Ben Gurion und seinen Anhängern gegründete Rafi, oder die Ende der siebziger Jahre mit vielen Hoffnungen ins Leben gerufene Dash-Bewegung. Nur, diese Parteien halten ihre Stimmen jeweils aus ihrem Wählerblock, das heißt, faktisch änderte sich nichts am Verhältnis zwischen Bürgerlichen und „Arbeitspartei“. Deshalb, und weil ihnen die organisatorische und finanzielle Kraft ihrer „Mutterparteien“ fehlte, gingen diese politischen Gruppen nach wenigen Jahren unter. Es gehört keine besondere Sehergabe dazu, der zur Zeit im Entstehen begriffenen Partei des ehemaligen Verteidigungsministers Ezer Weizmann, das gleiche Schicksal zu prophezeien.

Kein Ende also für das Patt im politischen System des jüdischen Staates und damit ein Verdikt zum ewigen taktischen Manövrieren, statt zum langfristigen Regieren? Nicht unbedingt, denn ein erneutes, unentschiedenes Wahlergebnis, sowie die sich verschärfenden Probleme des Landes enthalten zugleich eine Chance zu einer Lösung, die allein die Möglichkeit zu einer langfristigen Problemlösung für die israelische Politik bedeutet und von der überwältigenden Mehrheit der Israelis gewünscht wird: die Große Koalition. Ein solches Bündnis schlossen die israelischen Parteien schon einmal, am Vorabend des Sechstage-Krieges.

Tschernenko überließ Hauptreferat Gorbatschow

F. H. NEUMANN, Moskau

Zum dritten Mal konnte die sowjetische Bevölkerung den neuen Generalsekretär Tschernenko im Fernsehen als Redner verfolgen. Obwohl er bei einer zentralen Landwirtschaftskonferenz im Kreml nur fünf Minuten sprach, um danach seinem 53-jährigen Kronprinzen Gorbatschow das Feld zu überlassen, lief sein mühsamer Vortrag allen amtlichen Versuchen zuwider, dem 72-jährigen Parteichef einen angemessenen Auftritt zu verschaffen.

Neben Tschernenko, der sich mit beiden Händen abstützte, als er seine Einführungsworte verlas, zeigte das Fernsehen einen selbstbewußt wirkenden Gorbatschow. Als erfahrener Landwirtschaftsminister des Politbüros und inzwischen für die Generalsekretärstelle des Sekretariats des Zentralkomitees zuständig, hielt er das Hauptreferat, wie sich die Partei die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion vorstellte.

Gorbatschow hob hervor, daß die Kolchosen und Sowchosen zu einer ökonomisch orientierten Betriebsführung übergeben und selbst mehr Verantwortung übernehmen sollen. Allerdings sei die Einführung eines Systems relativ selbstständiger Brigaden, die auf vertraglicher Grundlage einen bestimmten Teil des Bodens bearbeiten und ertragsabhängig entlohnt werden sollen, noch keineswegs vollständig geklärt.

Immerhin wurde die Einsicht, daß die effektive Nutzung des landwirtschaftlichen Potentials in erster Linie von den Menschen abhängt und von ihrem Interesse an den Resultaten ihrer Arbeit“ als das Grundprinzip sowjetischer Landwirtschaftspolitik bezeichnet. Gorbatschow erwähnte die regionalen Parteistellen, die nicht in Frage einzumischen, „die in erster Linie in der Kompetenz der Fachleute und Wirtschaftsleiter fallen“. Ihrem Anspruch auf die führende Rolle werde die Partei dadurch gerecht, daß sie systematisch die Verantwortlichkeit der Spezialisten stärke, nicht aber, indem sie „den Werktätigen auf dem Lande vorschreibt, was sie wann zu tun haben“.

Apel bleibt Fraktions-Vize

dpa, Bonn

Auch bei einer Nominierung als Spitzenkandidat der Sozialdemokraten für die nächsten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus will Hans Apel weiterhin stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion bleiben. Fraktionschef Hans-Jochen Vogel bestätigte am Dienstag in Bonn, daß Apel bei den für den 10. April angesetzten Wahlen zur Fraktions Spitze erneut kandidiert.

In Berlin wird am kommenden Samstag auf einem Sonderparteitag endgültig über die Spitzenkandidatur entschieden.

Apels Wiederwahl als stellvertretender Fraktionsvorsitzender in Bonn gilt als sicher. Größere Veränderungen im gesamten Fraktionsvorstand werden nicht erwartet.

Ursachen des Massakers

Briefe für „Gurtmuffel“ nicht selten -
WELT vom 17. März

Sehr geehrte Damen und Herren, als einer von angeblich 50 Prozent Autofahrern, die sich nicht mit einem Gurt an ihrem fahrenden Auto festheften, ersuche ich Sie ebenso höflich wie dringend, die in diesem Zusammenhang ebenso alberne wie unzutreffende Bezeichnung „Gurtmuffel“ in Zukunft nicht mehr zu verwenden. Sie verdrehen und verdrängen damit die Tatsachen und wahren Ursachen für das Massaker auf unseren Straßen.

Statt sich dafür einzusetzen, daß endlich einmal die Rowdys und durch Alkohol sowie aus anderen Gründen fahrunfähigen rigoren von der Straße verbannt werden und diese als das zu bezeichnen, was sie sind, nämlich potentielle Totschläger, versuchen Sie mit der dümmlichen Bezeichnung „Gurtmuffel“ diejenigen in die rechtliche und moralische Ecke zu stellen, die wegen ihrer jahrelangen vorsichtigen und anständigen Fahrweise mit heiler Haut davonkommen sind und sich wahrscheinlich deshalb nicht anschnallen.

Wohlgemerkt, die Opfer im Verkehr rühren nicht vom Nichtanschnallen, sondern von der zügellosen Fahrweise eines großen Teiles der Verkehrsteilnehmer her. Und soweit die Unfälle auf technische Mängel zurückzuführen sind, sollte man schnellstens dafür sorgen, daß die Hunderte von Schrottlasten von den Straßen kommen.

Eine Regierung, die ständig neue Gesetze beschließen läßt, deren Einhaltung sie dann nicht mehr gewährleisten kann, muß sich fragen lassen, ob dies noch rechtsstaatlichen Prinzipien entspricht und diese Gesetze nicht eher Feigenblätter statt ernst gemeinte Schritte gegen das Verkehrschaos sind, von dem Hamburg der sogenannten Verkehrssünderkartei in Flensburg einmal ganz abgesehen. Man ist drauf und dran, Ver-

Harte Arbeit

„Bommer Diplomaten fühlen sich unwohl“ - WELT vom 14. März

Sehr geehrter Herr Conrad, die „Unteruchungsergebnisse“ der Herren Rechnungsprüfer in Sachen Botschaft Washington D.C. und Generalkonsulat New York entsprechen leider dem weitverbreiteten Zerrbild über den diplomatischen Dienst im Ausland.

Vor allem Inlandsbeamte neigen dazu, den Diplomaten lediglich als Cocktaillglas schwenkenden Playboy zu diffamieren. Der Dienst im Ausland ist hart und erfordert (neben perfekten Sprachkenntnissen) ein großes Rundumwissen und -viel Toleranz. Feste Dienstzeiten gibt es kaum. Man ist ständig im Einsatz (und das gilt in der Regel auch für die Ehefrau).

Der „repräsentative“ Aufwand ist gering und in manchen Fällen - im Vergleich zu anderen Staaten - nahezu primitiv. Unsere Diensträume im Ausland gleichen eher Katasterämtern aus der Provinz, wogegen unsere Verbündeten z. B. großen Wert auf würdige Repräsentanz legen.

Zur angeblichen Überbesetzung noch dies: Ich habe während meiner vierjährigen Dienstzeit als Presse- und Protokollreferent in New York nur 14 Mal ein Wochenende mit der Familie verbringen können. Dies nur zum Vergleich für diejenigen „Unterprivilegierten“, denen tagtäglich um 17 Uhr in den Büros der Griffel aus der Hand fällt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Detlef R. Peters,
Bonn 2

ANT Nachrichten technik zeigt in Hannover Flagge...

...und das ist durchaus wörtlich zu verstehen. Sie werden uns in diesem Jahr auf der Hannover Messe nicht wie gewohnt in der Halle 11 finden. Unser Standplatz ist der ANT-Pavillon bei der Halle 11 in Richtung Halle 12. Wir haben deshalb die Flaggen gehißt, damit Sie den Eingang zum ANT-Stand in der Voltastraße leichter finden. Aber auch aus der Halle 11 können Sie uns mit wenigen Schritten erreichen.



Deutscher Fernmelde-Satellit (DFS) Kopernikus



Ganz wie gewohnt allerdings soll Ihr Besuch auf dem Messestand von ANT verlaufen. Es erwarten Sie nicht nur interessante Exponate aus dem Gebiet der Nachrichtentechnik, vor allem möchten wir Sie wieder einladen zu informativen Gesprächen und zu einem Aufenthalt in angenehmer Atmosphäre.

ANT Nachrichtentechnik GmbH
Gerberstraße 33
D-7150 Backnang
Telefon (0 71 91) 13-1
Telex 7-24 406-0

Hannover Messe '84
zwischen den Hallen 11 und 12

ANT
Nachrichtentechnik

AUSZEICHNUNGEN

Mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist Dr. Johannes Niemeyer, stellvertretender Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe in Bonn, von Bundespräsident Karl Carstens ausgezeichnet worden. Die Auszeichnung wurde Niemeyer vom Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, Günter Einert, überreicht. Unter den Gästen war auch der Apostolische Nuntius Erzbischof Guido Del Mestri.

Die Zoologische Gesellschaft von 1858 Frankfurt am Main zeichnet tapfere Wildhüter aus. Die Gesellschaft will damit die sehr niedrig bezahlten Wildhüter in armen Überseeländern in ihrer Arbeit bestätigen. Professor Bernhard Grzimek, Präsident der Zoologischen Gesellschaft, hat in diesem Monat zum ersten Mal 13 Wildhüter mit diesem Orden, der mit einem Geldpreis verbunden ist, ausgezeichnet. Sie alle hatten sich in

besonderer Weise gegen die Übergriffe durch schwerbewaffnete Wilderer verdient gemacht.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat zum vierten Mal die Arbeit von Lokaljournalisten und Lokalredaktionen ausgezeichnet. Der mit 8000 Mark dotierte erste Preis für das Jahr 1983 ging an Michael Reinhard vom „Gelnhäuser Tageblatt“ für eine Artikelserie über Arbeitslosigkeit. Den zweiten Preis mit 4000 Mark erhielt die Redaktion der „Kölnischen Rundschau“ für ihre Aktion „Unser Köln muß schöner werden“. Der dritte Preis mit 2500 Mark ging an die Außenredaktion des „Kölnischen Stadtanzeiger“ in Bergisch-Gladbach für eine Serie „Generalverkehrsplan Kriegsalltag im Kreis“.

VERANSTALTUNGEN

Mit einem Empfang im Konrad-Adenauer-Haus wurden der bisherige Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Professor Roman Herzog, und der

Bundesgeschäftsführer Wilhelm Staudacher offiziell verabschiedet. In Anwesenheit von Ministerpräsident Bernhard Vogel, der Staatsminister Friedrich Vogel und Alois Mertes und von Bischof Ernst Genswein, der neue EAK-Vorsitzende, der rheinland-pfälzische Landtagspräsident Albrecht Martin, die Verdienste von Herzog und Staudacher um die EAK als ein effektives Bindeglied innerhalb der Union, Herzog, zuletzt baden-württembergischer Innenminister, ist jetzt Richter am Bundesverfassungsgericht, Staudacher Leiter der Hauptabteilung Politik im Konrad-Adenauer-Haus.

Dr. Adrien Meisch, Botschafter des Großherzogtums Luxemburg in Bonn, wird sich am 11. April den Bundestagsabgeordneten als Pianist vorstellen. Der Botschafter, der profihaft das Klavier beherrscht, spielt auf Einladung des Vorstands der

Personalien

Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn, im Clubhaus der Bonner Parlamentarier. Meisch ist in der jüngsten Vergangenheit in Bonn und Bad Godesberg mit großem Erfolg als Konzertpianist aufgetreten.

KIRCHE

In dieser Woche findet die 19. Priesterkonferenz der Griechisch-Orthodoxen Metropoliten von Deutschland und des Exarchats von Zentral-europa in Bonn statt. Die Priesterkonferenz steht unter dem Thema „Die Sakramente der Kirche“. Die Konferenz wurde durch Metropolit Augustinus in Anwesenheit der anderen christlichen Kirchen eröffnet.

Der Zirkus- und Schaustellerparter der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gottfried Pangritz, wird am Donnerstag in Nürnberg mit einem Gottesdienst in den Ruhestand verabschiedet. Daraus Feucht-

wangen bei Nürnberg stammende Pfarrer war seit 1975 in der Zirkus-Seelsorge tätig und verbrachte bis zu 186 Tagen im Jahr auf den Festplätzen seiner rund 6000 Mitglieder umfassenden Gemeinde. Während seiner Amtszeit setzte sich Pangritz unter anderem für eine bessere schulische Versorgung der Zirkus- und Schausteller-Kinder ein. Nachfolger von Pangritz wird am 1. Mai der 34-jährige Wolfgang Leuschner, der bisher Gemeindepfarrer im hessischen Friedberg war.

GEBURTSTAGE

Werner Bahlsen, persönlich haffender Geschäftsführer der H. Bahlsen Keksfabrik in Hannover, feiert heute seinen 80. Geburtstag. Seit über 50 Jahren steht er an der Spitze der 1889 gegründeten „Hannoverschen Keks-Fabrik H. Bahlsen“, die heute 10 000 Mitarbeiter beschäftigt und mit einem Gruppenumsatz von gut

1,3 Milliarden Mark zu den führenden europäischen Backwarenherstellern gehört. Seine unternehmerische Bewährungsprobe bestand Werner Bahlsen während der Weltwirtschaftskrise, als er gemeinsam mit seinen Brüdern Hans und Klaus die Firma aus einer existenzbedrohenden Lage führte. Heute zählt das automatische Zweigwerk in Barsinghausen bei Hannover zu einer der modernsten Großbackereien der Welt. Neben seiner beruflichen Tätigkeit arbeitet er seit 27 Jahren im Vorstand des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Seinen 75. Geburtstag feiert am 3. April Professor Dr. Klaus Mörser, emeritierter Ordinarius für Kirchenrecht an der Universität München. Der aus Muhl im Kreis Trier gebürtige Theologe begann seine wissenschaftliche Laufbahn in Münster, wechselte aber schon bald nach München, wo er unter anderem das Kanonistische Institut gründete, das ebenso internationales Ansehen erlangt wie sein wissenschaftliches

Werk. Mörser beschäftigte sich mit allen Teilgebieten der Kirchenrechtswissenschaft, der Schwerpunkt seiner Arbeit lag jedoch auf dem Gebiet des kirchlichen Verfassungsrechts. Besondere Erwähnung verdient sein dreibändiges Lehrbuch des Kirchenrechts, das zum Bezugspunkt der deutschsprachigen Kirchenrechtswissenschaft wurde.

Der Bewahrer, Erneuerer und Motor der gesetzlichen Unfallversicherung, Herbert Lauterbach, ist im 83. Lebensjahr verstorben. Kaum ein Sozialpolitiker wurde national und international so mit der Sache identifiziert wie er. Wer Lauterbach sagte, meinte Verbündeter von Betriebs- oder Wegeunfällen und Berufskrankheiten, Heilbehandlung, Verletzengeld, Unfallrenten. Lauterbach, unbestrittener Fachmann, war Garant für die ständige Modernisierung dieses stillen, nicht unpolitischen, doch besonders segensreichen Zweiges der deutschen Sozialversicherung.



Markscheider
Dr.-Ing. Friedrich Schulte

Betriebsdirektor a. D.
geb. 8. 4. 1900 gest. 25. 3. 1984

Wir nehmen Abschied von meinem innigst geliebten Mann, unserem treusorgenden Vater, Schwiegervater und Opa.

Elly Schulte geb. Simon
Dipl.-Ing. Fritz Dieter Schulte
und Frau Gisela geb. Ende
mit Helmut
Klaus Rehmann
und Frau Ursula geb. Schulte
mit Silke, Antje und Vanessa

4130 Moers 1, den 26. März 1984
Bergstr. 86

Die Beisetzung findet am Mittwoch, dem 28. März 1984, um 11 Uhr von der Kapelle des Parkfriedhofes, Homburg-Hochheide, aus statt. Von Beileidsbekundungen am Grabe bitten wir abzusehen.
Sollte jemand aus Versehen keine Anzeige erhalten haben, bitten wir diese als solche anzusehen.

In memoriam

Käthe Jensen, geb. Teichow
† 28. März 1977

Nun aber bleibt Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei,
aber die Liebe ist die Größte unter ihnen.

1. Kor. 13, 13
Carl Jensen

Um zum Frieden
zu gelangen, zum
Frieden erziehen.

PAPST PAUL VI.



VOLKSHILFE DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE e.V.
36 KASSEL-WERNER-HILFERT-STRASSE 2
POSTScheckkonto HANNOVER 1033 60-01

buch aktuell

Die neue Ausgabe von „buch aktuell“ gibt es jetzt kostenlos im Buchhandel. Auf über 100 Seiten finden Sie Informationen über Neuerscheinungen in diesem Frühjahr. Fragen Sie Ihren Buchhändler nach „buch aktuell“ oder fordern Sie das Heft an bei Harenberg Kommunikation, Postfach 13 08, 4800 Dortmund (bitte 2,- DM in Briefmarken als Versandkostenanteil beifügen).



Kostenlos im
Buchhandel!

2
april

Wir bitten unsere Kunden zu beachten, daß unsere Häuser am Montag, 2. 4. 84 wegen Inventur-Arbeit geschlossen sind.
Einrichtungshaus Pesch
Pesch-Intermöbel
Pesch-Antiquitäten

pesch
wohnen

Köln Kaiser-Wilhelm-Ring
Pesch-Parkanlage von Werth-Str.

Höflichkeit, Liebenswürdigkeit
im Umgang miteinander
im Bus, im Wartezimmer, im Theater,
in den Restaurants ist unmodern.
Man gibt sich cool und distanziert,
fordert aber eine humanere
Gesellschaft. Die brauchen wir wirklich.
Gehen wir aufeinander zu,
so oft es möglich ist.
Nur gemeinsam werden wir
die Zukunft gewinnen.

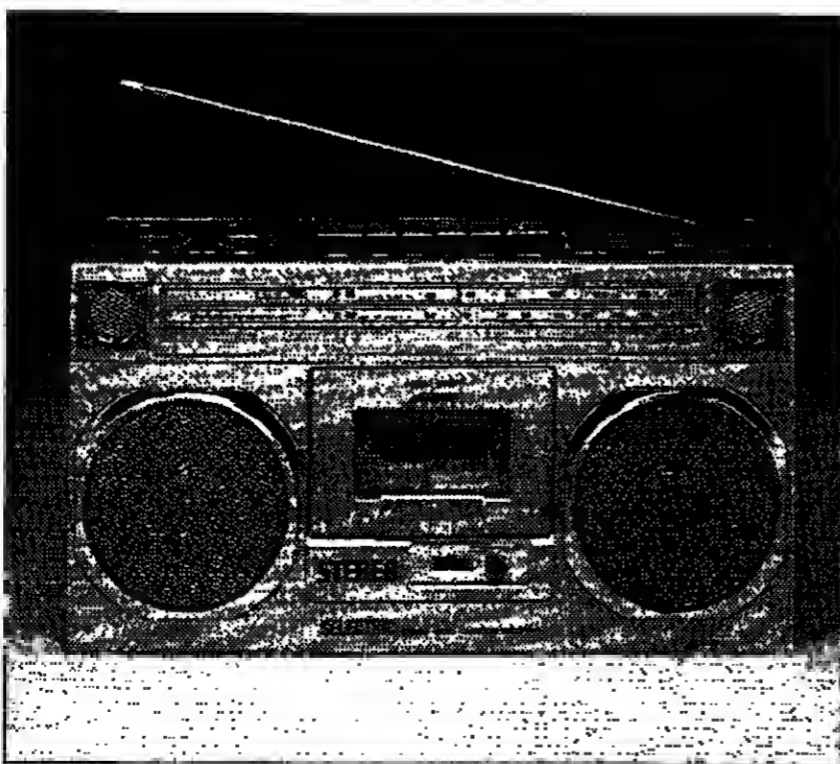


Das Poster dieses Anzeigenmotives im Format DIN A 2 und die Schrift „Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen“ senden wir Ihnen auf Wunsch gerne zu.
Aktion Gemeinsam e.V., eine Vereinigung unabhängiger Bürger, Schumannstraße 57, 5300 Bonn 1

Das WELT-Angebot:

Eine
attraktive
Dankeschön-
Prämie,

wenn Sie der WELT einen
neuen Abonnenten vermitteln.



Stereo-Radio-Recorder

MW und UKW, Stereo/Mono-Schalter,
Recorder mit Bandzählwerk, 2 ein-
gebaute Mikrophone, Netz- und
Batteriebetrieb, Kopfhörerbuchse

Sie erhalten diese attraktive Prämie, wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.
Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicherlich werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

Hinweise für den Vermittler:
Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, können Sie unter zahlreichen Prämien wählen. Unsere Vertriebsabteilung informiert Sie gern über alle Einzelheiten. Für Eigenbestellungen, Werbung von Ehepartnern oder in wirtschaftlicher Gemeinschaft lebenden Personen sowie für verbilligte Studenten-, Schüler- und Bundeswehr-Abonnements kann keine Prämie gewährt werden.

Hinweise für den neuen Abonnenten:
Der monatliche Bezugspreis der WELT beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00; Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen. Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei:

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Vertrieb, Postfach 30 58 30,
2000 Hamburg 36, Telefon: 347-45 56

Bestellschein

Ich habe für die WELT einen neuen Abonnenten gewonnen:
Bitte schicken Sie mir als Prämie:
☐ den Stereo-Radio-Recorder
☐ Bitte schicken Sie mir Ihren Katalog, damit ich mir eine Prämie aussuchen kann.

Name des Vermittlers: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Datum: _____

Unterschrift des Vermittlers: _____

Ich erhalte die Prämie, sobald das erste Bezugsheft für dieses neue Abonnement eingegangen ist.

Ich bin der neue WELT-Abonnent.

Bitte liefern Sie mir die WELT zum nächstmöglichen Termin für mindestens 24 Monate. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00; Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name des neuen Abonnenten: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

Ich war in den letzten 6 Monaten nicht Abonnent der WELT.

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

Eine Sonderseite
der WELT
am 29. März

DAS POLITISCHE BUCH

Rezensionen wichtiger neuer Bücher aus dem politischen Bereich.
Besprochen werden unter anderem:

Bernard Willms:

Heimat und Nation –
Zur Geschichte und
Identität der Deutschen
von Klaus Weigelt

Carl Gustaf Ström:

Ein General im Zwielficht –
Die Erinnerungen Edmund
Glaises von Horstenau
von Peter Broucek

Günther Deschner:

Wer war wer im Dritten
Reich? – Anhänger,
Mitläufer, Gegner aus
Politik, Wirtschaft,
Militär, Kunst und
Wissenschaft
von Robert Wistrich

Sie erhalten die WELT überall im Zeitungshandel. Oder Sie abonnieren die WELT: Dann sind Sie täglich weltweit informiert und versäumen keine der vielen interessanten Sonderveröffentlichungen dieser Zeitung. Probierlieferung kostenlos.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Tel. (040) 347 47 17

Dr. Mildred Scheel



Viel ist erreicht.
Viel mehr bleibt zu tun:
Spendenkonto
90 90 90 bei allen
Banken, Sparkassen
und Postscheckamt
Köln 90 90 90-501.
Dem Leben zuliebe
Deutsche
Krebshilfe e.V.

Hannover Messe '84 - CeBIT-Halle

Die ganze Welt der Bürokommunikation

TA

Triumph-Adler

Fortschritt durch Leistung

Auf der Hannover Messe zeigen wir Ihnen erstmals mit **ERGONET®** die Netzwerk-Lösung für die Verbindung von Schreibmaschinen, Textsystemen, Mikro- und Bürocomputern. Das Ergebnis: elektronisch schneller Informationsfluß, direkt von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz. Damit eröffnet Triumph-Adler neue Organisationsperspektiven und gibt der Bürokommunikation der Zukunft eine neue Qualität. Das sollten Sie erleben! Im TA Aktionszentrum erhalten Sie den vollständigen Überblick über die ganze Welt der Bürokommunikation. Anschaulich - verständlich - informativ.

Halle 1, CeBIT, Stand C 6701/7001
... und außerdem:
Halle 2, CeBIT-Forum '84.
Halle 2, Die gute Industrieform.
Halle 7, Forschung und Technik.
Halle 12, Microtronic.
Halle 16, Jugend und Technik.

Die ganze Welt der Bürokommunikation - frei Haus per Post von Triumph-Adler
Wenn Sie nicht nach Hannover reisen können, müssen Sie dennoch nicht auf Informationen über den neuesten Stand der Bürokommunikation verzichten.
Wir senden Sie Ihnen komplett und kostenlos.

Name: _____
Firma: _____
Anschrift: _____
Telefon: _____
Bitte einsenden an: Triumph-Adler AG, Abt. VPM,
Muggenhofer Straße 36,
8500 Nürnberg 80.
99/04/103/123

Die Hauptsache ist nicht, dass die Swissair jetzt eine Business Class hat, sondern dass man in einer Business Class jetzt auch Swissair fliegen kann.

Obwohl die neue Business Class der Swissair in praktisch allen Flugzeugen zwischen der First Class und der Economy Class liegt, ist sie keine mittlere Zwischenklasse, sondern rundum eine Klasse für sich.

In der neuen Business Class der Swissair kann man es sich wegen des erhöhten Sitzabstandes in allen Flugzeugen besonders bequem machen. In den DC-10 werden erst noch nur 7 und in den B-747 nur 8 der neuen, breiteren und speziell entwickelten Sitze pro Reihe installiert. Die Annehmlichkeiten eines Langstreckenfluges beginnen für Business Class-Passagiere aber schon beim Buchen. Bereits dann können sie nämlich sagen, ob sie lieber am Fenster oder beim Gang, im Nichtraucher- oder Raucherabteil sitzen möchten. Am separaten Check-in-

Schalter, den es in immer mehr Flughäfen gibt, erhalten sie dann ihre blaue Bordkarte mit den gewünschten Vermerken.

Dass die neue Business Class der Swissair eine Klasse für sich ist, sieht man natürlich auch an unserem Kabinenpersonal, dessen Bestand wir speziell für die Business Class vergrößert haben. Es serviert bei Hauptmahlzeiten auf Langstreckenflügen jeden Gang einzeln, offeriert eine Stoffserviette und bietet auch Früchte, Käse und Kaffee separat an.

Zudem erhält man in der Business Class aller DC-10 und B-747 der Swissair nicht die üblichen Ohrhörer, sondern angenehm leichte, elektrodynamische Kopfhörer, mit denen man Folklore, Jazz oder klassische Musik in Hi-Fi-Qualität geniessen kann.

Als Business Class-Passagier hat man bei der Swissair aber noch einen weiteren Vorteil: Man kann einen Flug jederzeit umbuchen oder unterbrechen oder die Reiseroute ändern.

Die Hauptsache ist aber bestimmt, dass die Swissair die einzige europäische Fluggesellschaft ist, die in allen ihren Flugzeugen eine Business Class anbietet. Also nicht nur in denen, die nach Nord- und Südamerika, Afrika, dem Nahen, Mittleren und Fernen Osten fliegen. Sondern auch in all denen, die nach 48 Städten in Europa fliegen.

swissair 

Vogel zeigt Verständnis für die Wähler der Grünen Partei

„Parlamentarisierungsprozess abwarten“ / Hauff geht nicht nach Baden-Württemberg

dpa/tr, Bonn

Voraussetzung für eine parlamentarische Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Grünen in den Bundesländern ist nach den Worten des Bonner SPD-Opportunistenführers Hans-Jochen Vogel die Bereitschaft der Grünen, „ein Mindestmaß an Berechenbarkeit, Kalkulierbarkeit und Festigkeit“ zu zeigen. Vor dem Hintergrund des Wahlausgangs in Baden-Württemberg sagte Vogel gestern in Bonn, ein Zusammenwirken hänge insgesamt davon ab, wie sie ihren „Parlamentarisierungsprozess“ vollziehen. Dies sei am weitesten in Hessen vorangeschritten.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende zeigte Verständnis für die Wähler der Grünen in Baden-Württemberg. Bei ihnen hätten sich „protestwürdige Zustände“ in der Bundesrepublik festgesetzt, mit dem Ergebnis, eine Protest-Partei zu wählen. Eine bundespolitische Kursänderung kommt für Vogel auch nach dem Wahlausgang in Baden-Württemberg nicht in Frage. Auch großen Koalitionen zwischen der SPD und den Unionspartnern erteile er eine Absage. Solche Lösungen kämen nur bei „zwingenden Zwangslagen“ in Betracht, wenn sich keine anderen Möglichkeiten ergäben, das Wähler-Votum in Politik

umzusetzen. Dies wäre etwa in Hessen der Fall gewesen, wenn sich die Grünen völlig der SPD versagt hätten und auch die FDP bei ihrer Absage an die Sozialdemokraten bleibe. Die SPD werde aber große Koalitionen niemals von sich aus anstreben, da solche Bündnisse die Glaubwürdigkeit der Parteien erschütterten.

Die Erklärungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden zu den Möglichkeiten, mit den Grünen zusammenzuarbeiten, sind von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisiert worden. Der parlamentarische Geschäftsführer Schäuble erklärte, der SPD-Politiker stelle an die Grünen keinerlei inhaltliche Forderungen, er habe keine politische Grenze zu ihnen gezogen und ihnen grundsätzliche politische Übereinstimmung abverlangt. Kalkulierbarkeit sei bei Vogel zu einem eigenständigen inhaltlichen Wert geworden. Die SPD werde nur noch vom Willen zur Macht geleitet.

Das baden-württembergische SPD-Präsidium will, wie es in einer gestern verbreiteten Erklärung hieß, der grünen Partei nicht opportunistisch hinterherlaufen. Die SPD im Südwesten will jedoch künftig stärker ihre „Kompetenz“ für die Lösung

der Probleme in den Bereichen Umwelt und Wirtschaft herausstellen. Die Verluste der FDP stellen nach Ansicht des SPD-Präsidiums einen „brisanter Unruhefaktor“ und ein „beachtliches Gefährdungspotential“ für die Bonner Regierungskoalition dar. Die Freien Demokraten hätten in ihrem ehemaligen Stammland einen Rückschlag erlitten, der rasch zur Krise führen könne. In den Augen vieler Wähler seien sie nach dem Bonner Koalitionswechsel überflüssig geworden.

Gegen eine neue Personaldiskussion in der Folge des unbefriedigenden SPD-Wahlergebnisses in Stuttgart hat sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, der Baden-Württemberger Volker Hauff, gewandt. In einem Zeitungsinterview lehnte er es erneut ab, sich als Spitzenkandidat für die nächste Landtagswahl zur Verfügung zu stellen. Er betonte, das Problem der Sozialdemokraten im Südwesten sei schwieriger, als daß es durch den „Austausch von Personen“ gelöst werden könnte. Angesichts des Erfolgs der Grünen riet er seiner Partei, darüber nachzudenken, daß der Wähler von den Parteien in der Politik den Mut zum Experiment erwarte.

Unsicherheit über weiteren SED-Kurs

© Fortsetzung von Seite 1

starke Parteiapparat verhindere jedoch alternative Wirtschaftsmodelle anstelle der versagenden Planwirtschaft und sozialistischen Sozialpolitik.

Ohne auf die derzeitige Ausreisepolitik einzugehen, sind jetzt in der „DDR“-Kulturzeitschrift „Sinn und Form“ kritische Fragen zu den eingeschränkten Reisemöglichkeiten, zu mangelnder Offenheit in der Diskussion gesellschaftlicher Probleme und zu dem Mißtrauen staatlicher Stellen gegenüber den Menschen veröffentlicht worden. Die Zeitschrift ließ in ihrer neuen Ausgabe in Tumbandprotokollen einen 58-jährigen Kommunisten und seine ein Jahr jüngere Frau, die ebenfalls der SED angehört, Auskunft über ihren Lebensweg geben.

Der Mann, der als Betriebsleiter vorgestellt wurde, gab zu Protokoll: „Mich belastet, daß ich nicht reisen darf, wohin ich will.“ Von einer Frau aus Kenia, der er in Mitteldeutschland geheiratet habe, sei er nach Afrika eingeladen worden. Ihr Vater habe ihm, offiziell, mit Stempel der Botschaft, eine Einladung nach Nairobi geschickt. „Ich habe alles mögliche versucht, um dorthin fahren zu können“, so das SED-Mitglied, „aber nichts erreicht. Das ist etwas, was einen bedrücken kann. Ist das Mißtrauen größer als das Vertrauen?“

Fragen, die auf SED-Tagungen, Jugendforen und ähnlichen politischen Veranstaltungen gestellt wurden, mußten nicht nur vier Wochen vorher formuliert werden, sagte der Kommunist über die Unterdrückung gesellschaftlicher Probleme in der „DDR“. Die Fragen würden „sortiert und korrigiert“. Seine Frau sagte, sie könne nicht verwinden, daß sie ihren Sohn, einen ehemaligen Angehörigen der „DDR“-Grenztruppen, im Westen nicht mehr sehen könnte. Er war geflüchtet. Über die Trennung meinte sie: „Das ist eine Wunde, die nicht verheilt.“

Offenbar als Warnung an ausreisewillige Jugendliche hat das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ gestern über schlechte Aussichten auf Ausbildung und Beschäftigung im Westen berichtet. Die Zeitung zitiert eine Prognose der UN-Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), in den Industriestaaten werde die Jugendarbeitslosigkeit stark steigen.

Apel warnt die Verfechter einer neuen Verteidigungspolitik

„Auf nukleare Abschreckung kann nicht verzichtet werden“ / Beitrag für die „Times“

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die in der SPD hartnäckig geführten Auseinandersetzungen um die Grundlagen der Verteidigungspolitik der NATO haben durch jüngste Äußerungen des stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Hans Apel, neue Schärfe gewonnen. In einem Beitrag für die Londoner „Times“ warnte der Politiker vor überspannten Erwartungen an eine sogenannte Konventionalisierung der Strategie des Atlantischen Bündnisses. Dies ist in unterschiedlicher Akzentuierung von Sozialdemokraten wie Egon Bahr, Andreas von Bülow und Horst Ehmke getan worden.

Apel, unter Helmut Schmidt als Bundeskanzler Verteidigungsminister, wies darauf hin, daß eine „Konventionalisierung“ der westlichen Verteidigung in Mitteleuropa nur in Betracht komme, „wenn und soweit das abschreckungsstrategische Primat der Kriegsverhütung“ nicht verloren gehe. Damit weist Apel, der in seiner Partei den „Seehäuser Kreis“, eine lockere Gruppierung überrechtlichierter Sozialdemokraten anführt, alle jene argumentativ in die Schranken, welche mehr oder minder

eindeutig die Atomwaffen vom europäischen Boden der NATO verbannen möchten. Die Kernsätze seiner Position lauten: „Für uns Europäer ist wesentliches Element der Kriegsverhütung, daß die Supermächte voll in das Risiko eines Kriegsausbruchs in Europa eingekoppelt sind. Die von jedem Aggressor einzugehenden existentiellen Risiken müssen für ihn unakzeptabel bleiben. Deshalb kann derzeit auf die nukleare Abschreckung auch bei gebotener Anhebung der nuklearen Schwelle durch Verstärkung der konventionellen Abschreckung der NATO nicht verzichtet werden.“

Apel hält den Befürwortern der „Konventionalisierung“ vor, eine Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der NATO könnte einen „konventionellen Krieg in Europa“ für Europa erscheinen lassen. Die Clausewitzschen Lehrsätze des 19. Jahrhunderts vom Krieg als der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln möchte Apel auf die Gegenwart umgemünzt sehen und fordert: „Von entscheidender Bedeutung ist, daß sich Konventionalisierung heute nicht mehr nach ihrem Gebrauchswert im Krieg, sondern nach ihrem Abschreckungswert im Frieden bestimmt.“

Der SPD-Politiker sieht bei einer „Konventionalisierung“ unseres Verteidigungskonzepts für die Bundesrepublik „lebensgefährliche Debatten“ beginnen. Die Allianz müsse begreifen, daß sie politisch-psychologisch nur einen engen Spielraum habe, wenn sie die „Akzeptanz“ des Verteidigungskonzepts nicht gefährden wolle, die sie mit der „Denuklearisierung“ in den westlichen Gesellschaften wiederzugewinnen trachte.

Im Grundsatz sieht Apel durch neue technologische Entwicklungen Verbesserungen bei der konventionellen Kampfkraft der NATO bei der „Denuklearisierung“ der Panzerabwehr, der Luftabwehr und der weitreichenden Interdiktoren (der Bekämpfung der gegnerischen Luftwaffe am Boden und der Versorgungslinien im Hinterland mit Hilfe von Flugkörpern, d. Red.) als Möglichkeiten. Darin liegt seiner Auffassung nach „das größte Potential, um die Abhängigkeit der NATO von Nuklearkraft zu verringern“.

Neue Variante der Teilhabe-Rente

60 statt 70 Prozent der Ansprüche? / Regierung steht unter Zeitdruck

GISELA REINERS, Bonn

Die Entscheidung für die Anrechnungslösung bei der Reform der Hinterbliebenenrente scheint noch nicht endgültig zu sein. Darauf deutet das Auftauchen einer neuen Variante der Teilhabe-Lösung hin. Danach soll die Gleichstellung von Mann und Frau im Rentenrecht dadurch erreicht werden, daß der Überlebende 60 statt wie bisher diskutiert, 70 Prozent der gemeinsam erworbenen Ansprüche erhält. Liegt dieser Satz unter dem selbst erworbenen Anspruch, bleibt die eigene Rente garantiert. Frauen sollen bei dieser Lösung pro Kind noch einen Zuschlag von 2,5 bis 3 Prozent erhalten.

Die Bundesregierung steht unter Zeitdruck. Das Gesetz soll nach einem Urteil des Verfassungsgerichts möglichst noch 1984 verabschiedet

werden. Karlsruhe hat jedoch signalisiert, daß es mit einer Entscheidung über die Eckwerte der Reform zufrieden sein wird. Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) favorisiert das Anrechnungsmodell. Danach solle eigene Rente, Erwerbsverdienst und bestimmte Bezüge der Hinterbliebenen, sofern sie 900 Mark übersteigen, zu 40 Prozent auf die Hinterbliebenenrente angerechnet werden.

Das Problem bei diesem Modell sind die Unklarheiten, welche Bezüge angerechnet werden können. Hier gibt es sowohl verfassungsmäßige Bedenken als auch politische Widerstände, vor allem bei der FDP, die in weiten Teilen nach wie vor das Teilhabe-Modell wünscht. Es wird befürchtet, daß Berufsgruppen, die der FDP nahestehen, belastet werden könnten.

Die Schwierigkeiten bei der Teilhabe-Lösung, der auch die SPD unverändert zuneigt, besteht in der fehlenden Möglichkeit, sie „systemübergreifend“ – zum Beispiel zwischen Beamtenversorgung und Sozialversicherung – anzuwenden zu können. Wenn Mann und Frau verschiedene hohe Ansprüche an verschiedene Systeme haben, ist nicht zu klären, welches System in welcher Höhe leisten muß, ob und in welcher Höhe versteuert werden muß usw.

Im Wirtschaftsministerium hält man auch eine Übergangslösung nicht für ausgeschlossen. Danach könnten Männer aus der Versicherung ihrer Frau Rente erhalten, wobei die Nachweispflicht, daß die Frau überlebend die Familie unterhalten hat, großzügig gehandhabt werden könnte.

ZDF mit internationalen Partnern

Satelliten-Kooperation mit Österreich und der Schweiz / Konzept wird erarbeitet

Nea, Mainz

Die Medienlandschaft ist auf breiter Basis in Bewegung geraten. Die Versammlung der Anstalt für Kabelkommunikation (AKK) will heute auf Antrag des Vorstands und des Programmausschusses in Ludwigshafen die Nutzung des sogenannten Westbeams (Westkanal) beim ECS-Satelliten an ein privates Konsortium für ein bundesweites privates TV-Programm von 1985 an vergeben. Zugleich hat ZDF-Intendant Professor Dieter Stolte erstmals Pläne der Anstalt dargestellt, wie sie den ihr zugewiesenen ECS-Ostbeam zu nutzen gedenkt.

Bereits am 15. März hat in Mainz ein erstes Spitzengespräch zwischen ZDF, dem ORF und der Schweizer-

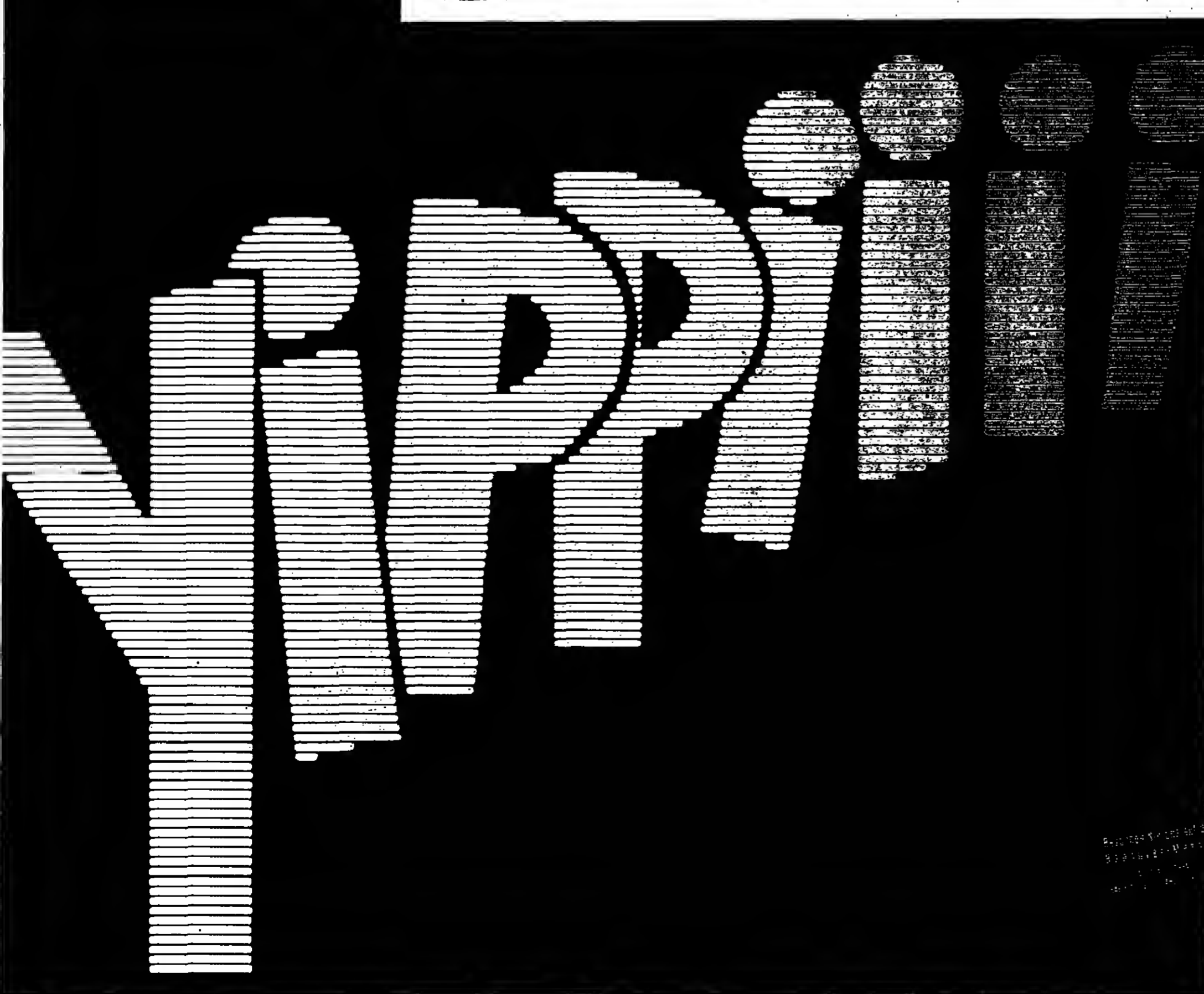
ischen Rundfunkgesellschaft (SRG) über eine Satelliten-Kooperation stattgefunden. Eine Arbeitsgruppe soll dem ZDF-Fernsehrat für seine Sitzung am 25. Mai in München schon ein Konzept erarbeiten, das auch die Finanzierung einschließt. Stolztes Ziel: ein vier- bis fünfständiges Programm, das sich im wesentlichen zunächst aus zeitversetzten Sendungen der drei Anstalten zusammensetzen soll. Beginn etwa Anfang 1985, jedenfalls „nicht später als das Westbeam-Programm“. Über Quoten wurde noch nicht gesprochen. Das ganze soll unter der öffentlich-rechtlichen Verantwortung des ZDF laufen.

Allerdings, so Stolte, werde das ZDF für das geplante Kooperationsprogramm mit ORF und SRG „nicht

genutzte Eurovisionsrechte stärker als bisher in Anspruch nehmen“. Das Programm soll auch in alle vier Kabelpilotprojekte (Ludwigshafen, München, Dortmund und Berlin) eingebracht werden. Die beim Pilotprojekt Ludwigshafen bereits praktizierte Kooperation zwischen „ZDF 2“ und der privaten EPF bleibt von diesen internationalen Plänen unberührt.

„Unser EPF-Modell“, sagte Stolte dazu, „wird in Zukunft sogar Konkurrenz bekommen.“ Die Kombination aus einem „Programm-Mantel“ von einem öffentlich-rechtlichen Veranstalter und dem Beitrag eines mittelständischen Regionalveranstalters sei besonders gut geeignet.

WER MACHT IHNEN DIE ARBEIT UND DAS LEBEN SCHÖNER?




COMMODORE COMPUTER.

Kennen Sie das? Der Kunde kommt und hat sich alles anders überlegt. 7 Positionen sind plötzlich teurer, 11 billiger als sie eben noch waren. Die Sache ist ohne Überstunden nicht zu schaffen. Die Frage ist: Wie hoch ist jetzt die Auftragssumme. Der Kunde kann nicht warten. Sie kennen das.

Aber kennen Sie das? Sie tippen die veränderten Positionen ein. Die entsprechenden Preise und Zeitangaben werden automatisch abgerufen. Und durchgerechnet. Und, wenn Sie wollen, ausgedruckt.

Ein Wunder? Kein Wunder, nur ein Commodore Computer und eins seiner rund 2.000 einsatzfertigen Programme. Sehr praktisch. Sehr preiswert. Sehr professionell. Kennen Sie ihn schon?

Für weitere Informationen schreiben Sie bitte an:
Commodore Büroautomation GmbH, Abt. MK, Lyoner Straße 38, 6000 Frankfurt 71. Die Anschrift des Commodore-Fachhändlers in Ihrer Nähe erfahren Sie telefonisch von dem Commodore-Vertreterbüro: Düsseldorf 02 11 31 20 47/48, Frankfurt 06 11 6 63 81 93, Hamburg 0 40 21 13 86, München 0 89 46 30 08, Stuttgart 07 14 24 73 23, Basel 0 61 23 78 00, Wien 02 22 82 74 72.



Commodore
Eine gute Idee nach der anderen.

STIHL / Auf französischem Markt nun in eigener Regie

Nur Auslandsumsatz stieg

Positiv niedergeschlagen hat sich diese Entwicklung in einer deutlichen Ertragsverbesserung. Nach Angaben von Schneider erhöht sich der Netto-Cash-Flow auf 36,1 (27,8) Mill. DM und der DVFA-Gewinne je 50-DM-Aktie auf 40 (33) DM. An die Schörghuber-Gesellschaft, Bayerische Brau-Beteiligungs-GmbH & Co. Holding KG wurden 11,7 (9,8) Mill. DM abgeführt. Die freien Aktionäre, die noch rund 16,6 Prozent des Grundkapitals in Höhe von 12,1 Mill. DM halten, bekommen die Garantiedividende von 3,4 DM.

SIEMENS

Hannover-Messe – der Anlaß, mit Siemens über das Büro zu sprechen



Unser Ausstellungsprogramm auf der Hannover Messe, Halle 1 CeBIT:

Unter dem Motto »Siemens im Büro – Kommunikations- und Datentechnik« zeigen wir sowohl allgemein gültige Bürolösungen als auch branchenspezifische EDV-Anwendungen.

Sprachkommunikation

Was allein das Telefon in der Bürokommunikation heute leistet, machen unsere neueren Standard-, Komfort-, Büro- und Cheftelefone deutlich. Ihr Können läßt sich durch das Zusammenspiel mit EMS-Vermittlungen noch einmal steigern.

Textkommunikation

Hier zeigen wir die ganze Palette der Textendgeräte, vom Fernschreiber bis zum Textsystem. Neu am Fernschreiber T1000 S ist der Schwarz-Weiß-Bildschirm und der Speicher für die elektronische Textbearbeitung. Und die Speicherschreibmaschine 5505 Ttx kann jetzt auch Teletex.

Noch größeren Komfort bietet die Bildschirm-Schreibmaschine T4200 mit Teletex. Eine ganz besondere Neuheit auf der Messe sind die Arbeitsplätze Text T4430, deren Leistungsumfang genau auf die Bedürfnisse des jeweiligen Mitarbeiters im Büro abgestimmt ist.

Texte, Grafik und Daten verarbeitet der Siemens-Personalcomputer PC 16. Die Textsysteme 5511/5521 zeigen wir in verschiedenen Vernetzungsbeispielen.

Bildschirmtext

Ein neues Gesicht hat das CEPT-fähige Bildschirmtext-Telefon Bitel T3210. Die Palette setzt sich fort mit dem Abfrageterminal T3220 mit Farbmonitor, dem Büroterminal T3110 mit CEPT-Decoder und zusätzlicher Intelligenz für Btx-Software sowie dem Büro-Editierplatz T3310 für professionelle Informationsanbieter.

Natürlich demonstrieren wir auch branchenspezifische Einsatzbeispiele unserer Btx-Software für Inhouse-Systeme und für den externen Rechneranschluß.

Bürosysteme

Das Mehrplatzsystem 5600 für die integrierte Bearbeitung von Text und Daten wartet auf mit so innovativen Funktionen wie »elektronischer Aktenschrank«, Teletex- und Rechner-Anschluß.

Das System 5800 unterstützt den Umgang mit Bürodokumenten, die Text, Daten und Grafiken enthalten. Innerhalb des Busnetzes können Laserdrucker, Blattleser und Speicherschreibmaschinen angeschlossen werden. Das System 5800 hat Zugang zu Teletex, Telex und zu Computern.

Arbeitsplatzsysteme

Sowohl das Mehrplatzsystem 9780 als auch das Einplatzsystem 9781 können als autonome Arbeitsplatzcomputer eingesetzt und über das Datenfernverarbeitungssystem TRANSDATA an Siemens-BS2000-Rechner angeschlossen werden. Vorgesehen ist der Anschluß an SNA-Netze, an DATEX und Btx. Abgerundet wird das Programm durch den Bildschirmarbeitsplatz MTS2000 und das tragbare Datenerfassungsterminal MOBIDA.

Zentrale Vermittlung und Verarbeitung

Mit dem Kommunikationssystem EMS demonstrieren wir die Verknüpfung von Terminals für Sprache, Festbild, Text, Daten mit Büro-systemen zu einem internen Netz.

Eines der Module von EMS ist das Sprachinformationssystem EMS INFO. Es speichert und verteilt Sprachinformationen in sogenannten elektronischen Postfächern. Ein anderes Modul, das System EMS 3000 DATA, bietet Online-Datenerfassung und den direkten Datenaustausch mit der DVA.

Speziell für die Verbindung von Textterminals untereinander und mit Bürosystemen sorgt das Modul EMS 1020 TEXT.

Im Zusammenhang mit den Computern des Siemens-Systems 7·500 zeigen wir das neue Softwareprodukt »Endbenutzer-Service«. Ein Paket von Funktionen, die den Fachabteilungen die Computerleistungen besser zugänglich machen.

Druck, Zeichenerkennung, Speicherung

Hier zeigen wir Neues wie zweifarbigen Laserdruck, Tintendrucker, den Schriftenleser und Hochleistungs-Magnetbandgeräte.

Branchenspezifische EDV-Anwendungen und -lösungen

Aus der Vielfalt unserer Software-Produkte demonstrieren wir Lösungen für:

Geldinstitute: Das Programmpaket KORDOBA für Bankgeschäfte wirkt zusammen mit dem Programm »Bügraf« für Präsentationsgrafiken, die über Bildschirm, Drucker, Plotter und Btx ausgegeben werden können.

Versicherungen: In einem Datenfernverarbeitungsprojekt wird die Außendienstorganisation mit ihren Siemens-Arbeitsplatzcomputern in ein SNA-Netz eingebunden.

Industrie: Industrielle Anwender können mit dem Programmpaket IS schrittweise eine komplette EDV-Lösung aufbauen. Zu diesem Ausstellungsbereich gehören natürlich auch die Betriebsdatenerfassung, CAD und CAM.

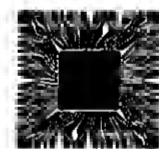
Großhandel: Am Beispiel Pharma-Großhandel zeigen wir die Verknüpfung des Kommunikationssystems EMS mit dem Siemens-System 7·500. Der Großhändler kann mit den angeschlossenen Apotheken automatisch Aufträge abwickeln.

Öffentliche Verwaltungen: Dazu gehören Anwendungen im Einwohnermeldeamt, in der Kfz-Zulassung, für die Führerscheinausstellung und für die Thematische Kartografie.

Weitere Lösungen zeigen wir ganz speziell für Krankenhausverwaltungen, für die Bekleidungsindustrie, für den Möbelhandel und den Kraftfahrzeughandel, für Speditionen und für die mittelständische Industrie.

Branchenneutrale Anwendungen

Für viele Unternehmen einsetzbar sind unsere Software-Produkte für Planung und Kontrolle, für die Projektplanung auf Netzplan-Basis, zur Transportoptimierung und für Beschaffung, Rechnungswesen und Verkauf.



Chancen mit Chips

Sonderschau · Halle 11

In dieser Sonderschau zeigen wir Ihnen Beispiele für innovative Anwendungen der Elektronik in vielen Bereichen, darunter ein sprachgesteuertes Dolmetscher-System, Expertensysteme mit »künstlicher Intelligenz« und eine Videotelefon-Anlage.

Wir informieren Sie ausführlich über unser Ausstellungsprogramm in Bildschirmtext unter ★ 32075 #. Oder schreiben Sie an Siemens AG, Infoservice 112-13, Postfach 156, 8510 Fürth 2.

FLICK-HOLDING

Schröder wechselt zu Krupp

J. G. Düsseldorf

Harald J. Schröder (45) scheidet zum 31. Juli aus der Geschäftsführung der Holding Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA, Düsseldorf aus und übernimmt am 1. August im Vorstand der Fried. Krupp GmbH, Essen, das Ressort Controlling. Der Wechsel, im letzten Herbst von der Flick-Holding noch dementiert, reduziert dort das bis Ende 1982 noch elf Personen starke Führungsgremium, den Vorsitzenden und Eigentümer Friedrich Karl Flick mitgerechnet, auf nur noch drei Mann.

Schröder scheidet per 31. Juli auch aus dem Vorstand des Gerling-Konzerns aus, wo er als Vertrauensmann des Hauptaktionärs Flick fungierte. Für die Gerling-Holding „Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG“, Köln, wurde als neues Vorstandsmitglied per 1. Juli Frank Thomas (50) berufen, hiesiger Generalbevollmächtigter bei IBM, Stuttgart, und bei Gerling zuständig für die Zentralressorts Datenverarbeitung/Betriebsorganisation.

Um internationalen Dialog bemüht

dos. Hannover

Der Förderung des Dialogs zwischen Universität und Wirtschaft auf internationaler Ebene dient ein Seminar, das die Internationale Vereinigung der Studenten der Wirtschaftswissenschaften (AIESEC) parallel zur Hannover-Messe veranstaltet. Die Anwendung neuer Informationstechnologien und deren Auswirkungen auf das Management stehen nach Angaben der AIESEC im Mittelpunkt der vierstägigen Veranstaltung in Loccum (9.-12. April). Vorgesehen sind Referate, Podiumsdiskussionen und Fallstudien zum Thema „Technologischer Wandel und Management“. Die Vereinigung der Wirtschaftswissenschafts-Studenten veranstaltet solche Seminare in regelmäßigen Abständen und hat sich mittlerweile zu einem anerkannten Gesprächspartner der Wirtschaft entwickelt. In besonderem Maße engagiert sich AIESEC auf dem Gebiet des internationalen Praktikantenaustausches der Wirtschaftswissenschaftler. Der direkte Kontakt mit den Unternehmen spielt dabei eine wesentliche Rolle.

SALZGITTER / Pieper: „Das Schlimmste liegt hinter uns“ – Ein „Ausverkauf“ ist nicht vorgesehen

Weiterhin erhebliche Belastungen zu erwarten

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Nach den verheerenden Ergebnissen im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.), dem „schwierigsten Jahr der Nachkriegsgeschichte“, rechnet der bündelnde Salzgeber-Konzern für das laufende Jahr mit einer günstigeren Entwicklung. Vorstandschef Ernst Pieper geht davon aus, daß mit dem jetzt vorgelegten Abschluß 1982/83 „das Schlimmste“ überstanden ist, dämpft aber gleichzeitig allzu optimistische Erwartungen: „Die enormen Strukturprobleme bei Stahl und Schiffbau und die dadurch ausgelösten Anpassungsmaßnahmen werden uns auch in diesem Jahr noch ganz erheblich belasten.“

Pieper ließ offen, ob es dem Konzern gelingt, den für 1982/83 ausgewiesenen Verlust von 630 Mill. DM zu halbieren. Zwar sei die Rohstahlproduktion in der ersten Hälfte des neuen Geschäftsjahres um neun Prozent auf 1,7 Mill. t gestiegen, und auch der Auftragsbestand bei Walzstahl liege um fast 30 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die besseren Stahlröste kämen aber für die Bilanz 1983/84 der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG zu spät, um die bereits aufgelaufenen Verluste noch ausgleichen zu können.

CHASEBANK AG / Das bisher beste Geschäftsjahr

Bemühung um Großkunden

CLAUS DERTINGER, Frankfurt Über ihr bisher bestes Geschäftsjahr berichtet die Chase Bank AG, Frankfurt, die ihr Betriebsergebnis einschließlich der nicht ins Gewicht fallenden Eigenhandelsgewinne 1983 bei einer Ausweitung des Geschäftsvolumens um ca. zwölf Prozent auf knapp 4,5 Mrd. DM um fast 30 Prozent auf 51,5 Mill. DM verbessert hat. Dazu trugen, wie Vorstandsvorsitz Eberhard Weiershäuser erläuterte, vor allem der von 32 auf 57 Mill. DM erhöhte Provisionsüberschuss und andere Dienstleistungserträge bei, während der Zinsüberschuss mit 56 Mill. DM knapp hinter dem Vorjahresrekordergebnis zurückblieb.

Unter dem Strich hiebt allerdings nur ein von 4,2 auf 3,1 Mill. DM gesunkener, wieder in der Bank belastender Bilanzgewinn übrig, was Weiershäuser vor allem mit dem starken Anstieg der Abschreibungen auf vermietete Anlagen von 4,9 auf 36,3 Mill. DM im Leasinggeschäft erklärt, in dem sich der Bestand vermieteter Anlagen von 23 auf 143 Mill. DM erhöhte.

Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere werden mit 16,5 Mill. DM um 6,4 Mill. DM niedriger ausgewiesen, weil, wie der Vorstand sagte, kein nennenswerter Wertberichtigungsbedarf im Inlandgeschäft eingetreten sei und zu den hinreichend mit Vorsorge bedachten Auslandsrisiken keine neuen Belastungen hinzugekommen seien.

Der Verwaltungsaufwand ist von 45,9 auf 56,2 Mill. DM gestiegen, worin sich nicht nur eine Umstellung des Pensionsplans niederschlägt, sondern auch kräftige Investitionen für das „Electronic Banking“, dessen Ausbau (jetzt mehr als 100 Kunden) weitaus erfolgreicher war als zunächst angenommen. Im Rahmen der Diversifizierung ihrer Ertragsbasis, wozu auch die Forcierung des Leasinggeschäfts gehört, bemüht sich die Chasebank mit einigem Erfolg um das Geschäft mit großen Kunden, die nicht zu den Weltkonzernen gehören, und um das Geschäft mit großen Privatkunden in der internationalen Vermögensverwaltung.

Weitergehend realisiert ist bereits das Unternehmenskonzept im Schiffbau. Die Belegschaft der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG wurde um

rund 4000 Beschäftigte reduziert. Ein weiterer Personalabbau sei nicht vorgesehen. Das in den letzten Tagen diskutierte „neue Konzept“ bezeichnete Pieper als „Grenzbetrachtung“, die nicht relevant sei. Nur dann, wenn keine Neubaufträge hereinkommen werden könnten, müsse die Stilllegung des Handelsschiffbaus in Betracht gezogen werden. Die derzeitigen Akquisitionsverhandlungen in diesem Bereich seien aber „mehr als aussichtsreich“.

Finanzchef Dieter Brunke bestätigte, daß mit dem Eigentümer, dem Bund, über einen Kapitalschnitt mit anschließender Kapitalerhöhung (derzeit 425 Mill. DM) diskutiert werde. In welchem Umfang dies erfolgen wird, stehe noch nicht fest. Salzgitter stehe über die „Bilanzgestaltung“ permanent im Gespräch mit dem Eigentümer.

Pieper betonte erneut, daß es bei den Bemühungen um Beteiligungsverkäufe nicht zu einem „Ausverkauf“ bei Salzgitter kommen werde. Derzeit werde über die Veräußerung von zwei, drei Minderheitsbeteiligungen verhandelt.

Neben den Verlusten von P+S und HDW (jeweils 160 Mill. DM) mußte Salzgitter im Berichtsjahr rund 200 Mill. DM Sonderabschreibungen auf Beteiligungswerte, vor allem bei der Hütte und in der Weiterverarbeitung, vornehmen. Hinzu kam ein Fehlbetrag von 80 Mill. DM bei der Salzgitter Maschinen und Anlagen AG und Verlustabschlüsse unter anderem bei der Peiner Schrauben AG und im Gießereibereich. Die Auflösung von 490 Mill. DM freien und gesetzlichen Rücklagen reichten nicht aus, um die Bilanz auszugleichen, so daß ein Verlust von 140 Mill. DM ausgewiesen wird. Inzwischen hat der Bund Salzgitter rund 500 Mill. DM zur Verfügung gestellt.

Salzgitter-Gruppe	1982/83	1981/82
Gesamtumsatz (Mill. DM)	11.385	11.701
dav. Fremdsatz	9.473	9.391
Exportanteil (in %)	40	35
Belegschaft (30.9.)	51.491	55.455
Sachinvestitionen	239	345
Abschreibungen	443	382
Bilanzsumme	8.232	9.619
Eigenkapital	454	974
in % d. Bilanzsumme	5,5	10,1
Jahresergebnis	- 630	+ 20

GRUNDIG-ÜBERNAHME / Personelle Änderungen

Philips zeigt starke Präsenz

JOACHIM WEBER, Fürth Nachdem das Kartellamt grünes Licht gegeben hat, wird der niederländische Elektrokonzern Philips wie geplant am 1. April nicht nur seine Beteiligung an der Grundig AG, Fürth, auf 31,6 Prozent aufstocken, sondern auch die unternehmerische Verantwortung in dem Unterhaltungselektronik-Konzern übernehmen. In diesem Zusammenhang wird es auch zu wesentlichen personellen Änderungen kommen. Den Vorstandsvorsitz übernimmt der Niederländer Hermanus König, (59), der in dem Ruf steht, ein beinaher Manager zu sein. König ist es in den vergangenen drei Jahren immerhin gelungen, die deutsche Philips-Organisation wieder auf Kurs zu bringen. Neu in den Vorstand kommt auch der bisherige Vertriebschef Rudolf Köberle, der erst im vergangenen Jahr von Thomson-Brandt (Saba) zu Grundig gestoßen war.

Auch im Aufsichtsrat kommt es zu erheblichen „Umbauten“. Hier ist der starke Philips-Einfluß besonders ausgeprägt: J. Henk Goris, Finanzchef der Eindhoven Philips-Zentrale, Gert Lorenz, Vorstandschef der Philips Kommunikations Industrie im benachbarten Nürnberg, und Dietrich Wegener, Chefingenieur der deutschen Holding Allgemeine Deutsche Philips Industrie GmbH in Hamburg, werden die Interessen der de-facto-Mutter wahrnehmen.

Neben ihnen werden Jürgen Sarrazin, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank (der traditionellen Grundig-Hausbank), Friedrich Schiefer, künftig im Allianz-Vorstand, und Otto Blank, früherer Vorstandsvorsitzender der Demag, in den Aufsichtsrat einziehen. Der Aufsichtsratsvorsitz bleibt auf Wunsch von Max Grundig (dem er angetragen worden war) wie bisher bei Berthold Beitz.

Max Grundig hiebt über seine Stiftung mit knapp 50 Prozent an der AG und mit 6 Prozent an Philips beteiligt. Neben anderen (nicht bezifferten) Leistungen erhält der 75jährige von Philips eine langfristige Dividenden-Garantie auf seinen Grundig-Anteil.

DEUTSCHE HYPO / Wieder Bonus und zehn Mark

Traumhaftes Ergebnis

CLAUS DERTINGER, Frankfurt Die zum Konzern der Dresdner Bank gehörende Deutsche Hypothekbank Frankfurt-Bremen hat 1983 ein Spitzenresultat erzielt, von dessen Wiederholung der Vorstand nur träumen kann. Mit einem um 59,3 Prozent auf 150,5 Mill. DM gestiegenen „erweiterten Zinsüberschuß“ hat das Institut nicht nur seine bisher besten Ertragszahlen überboten.

Mit einer Zinsspanne von rund einem Prozent (erweiterter Zinsüberschuß in Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme) präsentiert sich die Deutsche Hypo für 1983 auch als die relativ ertragsstärkste aller Hypothekbanken, die bisher ihre 83er Abschlüsse veröffentlicht haben. Diese beachtliche Verbesserung beruht, wie Vorstandssprecher Rudolf Fabian erläuterte, auf der Erhöhung des Darlehensbestandes um 2 Mrd. DM sowie darauf, daß für einen großen Block von Darlehen, die mit niedrigem Nominalzins und entsprechend hohem Darlehenszins gegeben wurden, inzwischen der Zinssatz im Zuge der Konditionenanpassung an das aktuelle Marktniveau angehoben wurde, so daß die bislang rechtlich negative Zinsmarge nicht mehr belastete.

Die Aktionäre – zu rund 84 Prozent die Dresdner Bank – profitieren von der Ertragsverbesserung mit einem unveränderten Bonus von 2,50 DM je 50-DM-Aktie, der zur Dividende von wieder 10 DM je Aktie gezahlt wird. 26 (19,8) Mill. DM gehen in die Rück-

lagen, so daß die Bank einen für dieses Jahr ausreichenden Emissions-spielraum von 2,5 Mrd. DM hat. Ein nicht genannter Betrag, für dessen Höhe erstmals auftauchende 31,7 Mill. DM Abschreibungen und Wertberichtigungen (darin auch 3,7 (4,8) Mill. DM Abschreibungen auf Zinsrückstände) ein Indiz sind, wird in einen Ertragsreservetopf für die Zukunft gesteckt, und zwar für nicht abgrenzungsfähige, bereits vereinbarte Darlehen von Hypotheken mit mehr als fünfjähriger Zinshin-dung; aus diesem versteuerten Topf kann die Bank „zubüttern“, wenn die Darlehen später rechnerisch unterverzinzt werden.

Die kräftige Geschäftsexpansion 1983 erklärt Fabian mit der Möglichkeit, den reichlichen Emissionsspielraum von 4 Mrd. DM zum Jahresbeginn zu nutzen, der den Vorstand nicht zwang, wie früher manchmal auf die Umlaufgrenzen zu schauen. Rund die Hälfte des Hypothekengeschäfts kam von der Dresdner Bank. In den ersten Monaten dieses Jahres hat sich das Neugeschäft abgeflacht.

Deutsche Hypo	1983	1982
	Mill. DM	%
Hypothekenzinsen	1.321	+ 42,5
Kommunikationszinsen	1.511	+ 101,6
Abschreibungen	3.015	+ 10,1
Umlaufgrundsatz	976	- 21,5
Langfr. Ausleihungen	14.609	+ 16,2
Bilanzsumme	15.857	+ 15,9
Zinsüberschuß		
incl. Einmalbetrag	151	+ 59,3

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Gabriele von Langsdorff, Pächterin der Gaststätte Rotes Tor; Bielefeld: Wilhelm Hagemeier GmbH & Co. KG, Steinhagen; Celle: Alfred Holzkirch, Gastwirt und Hotelier; Coburg: Nachl. d. Maria Müller geb. Büchler; Crailsheim: Benger-Sportartikel-Ges. mbH, Kirchberg/J.; Heidenheim a. d. Brenz: Waldmann Rostfrei GmbH; Kaiserslautern: Max-Horst Bünse GmbH, Glas-Münchweiler; Lippstadt: Bernhard Kampeter; Mannheim: Perpeti Verpackungen Vertriebs GmbH, Weinheim; August Weiland GmbH, Mannheim-Neckarau; Neumünster: Nachl. d. Gretel Emma Maria Stender geb. Schmidt; Oldenburg: Hudo-Werk, Verwaltungs-GmbH; Bernd Feine, Hude; Osnabrück: Exchiv Möbel Müller GmbH, Wallenhorst; Rottenburg: Erich u. Margot Engels, Nentershausen; Schwäbisch Gmünd: Josef Mustil.

Ausschließ-Konkurs eröffnet: Isen-lohn: Theo Penris, Kaufm., Letmathe.

NAMEN

Dr. Uwe Klimant wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes der Gurmes Werkes AG, Krefeld, bestellt. Er ist Nachfolger von Richard Selbach, der mit Auslaufen seines Vertrages aus dem Unternehmen ausscheidet.

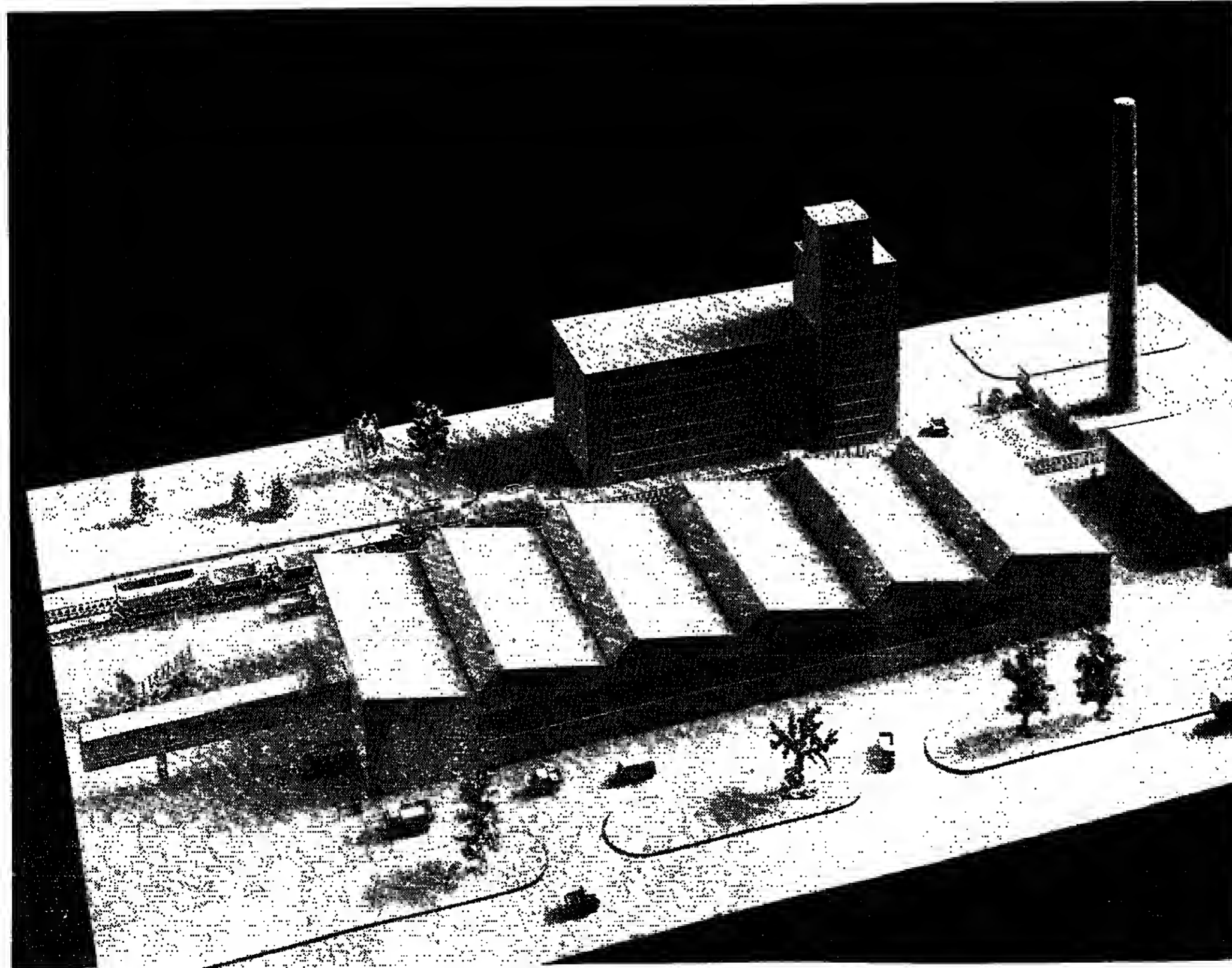
Ferdinand Rossbach, Geschäftsführer der Deutschen Reisebüro GmbH (DER), Frankfurt/Main, feiert am 29. März den 60. Geburtstag.

Hanna Amode, Hauptgeschäftsführerin des Fachhandels-Großlabors Foto Brunniger, München, wird am 29. März 60 Jahre.

Paul Reese, Senior-Chef der Reese Blechwarenfabrik GmbH & Co., Holzminnen vollendet am 29. März das 80. Lebensjahr.

Ewald Hermann, Vorstand der L. Possehl & Co. mbH, Lübeck, scheidet am 30. März aus dem aktiven Dienst.

Ihr Vorteil: Wenn die Konkurrenz noch überlegt, finanzieren wir bereits Ihre Ideen. mietfinanz®



Wer heute in heißumkämpften Märkten seiner Konkurrenz um die berühmte Nasenlänge voraus sein will, braucht unternehmerischen Weitblick und nicht zuletzt neue Ideen. Mietfinanzieren Sie. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.

Die mietfinanz hat das Knowhow in Investitionsfinanzierung. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen, Einrichtungen usw. Sie zahlen nicht für die Produktionsmittel, sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig von Ihnen eingesetzt werden.

mietfinanz. Unserer Erfahrung, unserem Wissen, unserer Finanzkraft und unserer Flexibilität können Sie vertrauen. Wir finanzieren Investitionen in Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist die Summe unserer Beratung. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner.

mietfinanz.



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telex 856755

DISKONT UND KREDIT / Erträge verbessert

Stagnation im Neugeschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf
Die überwiegend in der objektbezogenen Investitionsfinanzierung durch Ratenkredite und Leasing tätige Diskont und Kredit AG, Düsseldorf, hat 1983 sowohl das Neugeschäft als auch das Geschäftsvolumen der Gruppe (rund 1,1 nach 1,09 Mrd. DM) nahezu unverändert gehalten. Während das Ratenkreditgeschäft kräftig ausgeweitet wurde, wurde im Leasing ein Rückgang hin genommen. Als Hauptgrund dafür nennt das Institut die Investitionszulaufe, die viele Kunden bewegen habe. Eigeninvestitionen zu bezogenen.

Bei den finanzierten Objekten handelt es sich im wesentlichen um Maschinen und maschinelle Ausrüstungen, Nutzfahrzeuge und Datenverarbeitungsanlagen sowie über die Aero-Finanz S. A. Brüssel - Flugzeuge im Leasingweg. Nach Angaben des Vorstands wurden auch im letzten Jahr strenge Maßstäbe an die Bonität

und Rentabilität der an die Bank herangetragenen Geschäfte gelegt. Die Ablehnungsquote sei wiederum erheblich gewesen.

Kundenforderungen der Bank stiegen 1983 auf 561 (465) Mill. DM, zu deren Refinanzierung die Bankengelder auf 513 (430) Mill. DM aufgestockt wurden. Die Ertragslage wurde erneut verbessert. Der Zinsüberschuss stieg auf 23,2 (19,3), der Provisionsüberschuss auf 2 (1,5) Mill. DM. Das waren neue Spitzenresultate.

Nach dem Rekordergebnis des Vorjahres, das weitgehend der Risikoprüfung diente, ist für 1983 der Posten Wertberichtigungen und Rückstellungen zum Kreditgeschäft geringer (4,2 nach 6 Mill. DM) dotiert worden. Die Organmutter Dresdner Bank erhält 3,6 (1,4) Mill. DM, eine Mill. DM fließt in die Rücklagen, die zusammen mit 16 Mill. DM Grundkapital 44 (43) Mill. DM haftendes Eigenmittel darstellen.

EDELSTAHL BUDERUS / Trotz Stahlkrise kräftige Ertragsbesserung

Ein sehr stolzer „Mittelständler“

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Anders als das Gros der deutschen Stahlindustrie behielt die Edelstahlwerke Buderus AG, Wetzlar, auch 1983, im neunten Jahr der europaweiten Branchenkrise, den Kopf über Wasser. Er rückte nun sogar ein gutes Stück weiter über das Meer der branchentypischen Verluste hinaus. Mit spürbarem Stolz kommentiert der Vorstand dieses vom Flick-Konzern gehörenden „Mittelständlers“ der von Großunternehmen besetzten Branche das „ohne fremde Hilfe“ erzielte Ergebnis: „Wir haben uns um den Kunden bemüht, statt auf Subventionen zu warten.“

Diese Zuspitzung mag so mancher Konkurrent als etwas mißgünstig empfinden – das Ergebnis ist es nicht. Es zeigt sich nur zum kleineren Teil darin, daß 1983 bei 278 800 (289 600) t Rohstahlproduktion und 215 600 (211 700) t Produktabsatz aus 411 (420) Mill. DM Umsatz ein leicht auf

2,6 (2,2) Mill. DM erhöhter Organertrag abgeführt wird.

Die wahre Ertragsbesserung erhält sich aus der kräftigen Aufstockung der Pensionsrückstellung für die mit 2030 Mitarbeitern konstant gebliebene Belegschaft um 17,8 (-) auf 37,4 Mill. DM, was damit begründet wird, daß die firmeneigene Unterstützungskasse für die bis 1982 dort konzentrierten Anwartschaften zu schwach ausgestattet sei. Zusammen mit 18,5 (16,2) Mill. DM Abschreibungen brachte das eine stattliche Verbesserung im Netto-Cash-flow auf 36,3 (16,2) Mill. DM.

Entscheidende Quelle dieser Ertragsverbesserung: Gegenläufig zu Umsatz und der auf 406 (418) Mill. DM gesunkenen Gesamtleistung konnte der Rohertag auf 186 (171) Mill. DM verbessert werden. Das zeigt sich offensichtlich der Lohnjahrelanger Bemühungen um Strukturverbesserung im weiten Spannungsbogen von

Senkung des Energieaufwands bis zu Erhöhung der eigenen Wertschöpfung an tunlichst „intelligenteren Produkten“.

Diese Linie wurde 1983 mit relativ hohen Sachinvestitionen von 18,9 (13,9) Mill. DM fortgesetzt. Gleichwohl wurden die flüssigen Mittel auf 38,3 (23) Mill. DM bei 70,4 (71,6) Mill. DM Gesamtschulden gesteigert und die ohnehin solide Bilanzstruktur verbessert.

„Vertrauensvoll“ für 1984 gibt sich der Vorstand vor allem dank nun zur Ernte anstehenden Erfolgen der Investitionen in Gießerschmelde und sonstige Weiterverarbeitung sowie wegen der „Intensivierung“ des Werkzeugstahlgeschäfts. Anders als die meisten deutschen Stahlunternehmen prophezeit er für 1984 nur ein geringes Wachstum des heimischen Stahlgeschäfts, weil er offenbar der erstrebten Eindämmung des Importdrucks noch nicht traut.

THYSSEN / Eskalation im Führungsstreit

Gründerenkel contra Sohl

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
„Seit Jahren verfolgen mein Bruder und ich mit wachsender Sorge die Aktivitäten, die Herr Hans-Günther Sohl als Ehrenvorsitzender der Thyssen AG entfaltet.“ Mit diesen Begleitworten bringt nun vor der Thyssen-Hauptversammlung am 30. März Großaktionär und Aufsichtsratsmitglied Claudio Graf Zichy-Thyssen, Buenos Aires, ein Gutachten über die Position eines Ehrenvorsitzenden einer Aktiengesellschaft an die Öffentlichkeit, das er sich bereits im November 1982 von dem Bonner Rechtsprofessor Marcus Lutter anfertigen ließ.

Sinn dieser weiteren Eskalation im Thyssen-Führungsstreit: Die Grafen-Brüder Claudio und Federico, Urenkel des Konzerngründers August Thyssen, beziehen auch öffentlich Stellung zugunsten des Vorstandsvorsitzenden Dieter Spethmann (58), den Amtsvorgänger Sohl (77) stürzen will. Die beiden Brüder besitzen als

weitens größte Aktionäre über ihre Düsseldorf Thyssen Vermögensverwaltung GmbH noch 20 Prozent von 1,3 Mrd. DM Thyssen-Aktienkapital, die sie mit Allianz-Besitz in der Düsseldorf Thyssen Beteiligungsverwaltung GmbH gepolt haben.

Fazit des Lutter-Gutachtens: Die Ernennung zum Ehrenvorsitzenden, wenn sie denn nach Aktienrecht überhaupt rechtswirksam sein sollte, bringe dem Ernannten keinerlei Rechte oder Befugnisse, zumal kein Teilnahmerecht an AR-Sitzungen oder Anspruch auf Information durch Vorstand und Aufsichtsrat über Interna der Gesellschaft. Das im Fall Sohl durch Thyssen-Organen seit Beginn des Ehrenvorsitzes (März 1981) konstant praktizierte Gegenteil sei sogar ein pflichtwidriges Verhalten der betreffenden Organmitglieder, die sich, soweit es um Geschäftsgeheimnisse geht, mit solchem Verhalten sogar strafbar machten.

PRINCE
Brit. Commonwealth, looks for serious contacts in position to exploit his background to highest financial benefit.
Correspondence in English language only to: WELT-Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen.

FERNSEHGERÄTE neu und geb. mech. u. elektr. An- u. Verkauf. **SUBSOMMA** neu u. geb. An- und Verkauf. Wir nehmen Ihre alten Geräte in Zahlung. Fa. Dahlem, P.O. 12 53, 6870 St. Ingbert, Tel. 0 68 94 / 5 11 97, Tlx. 4 429 436

Gebraucht-Computer
• An- und Verkauf
• Beratung kostenlos
• Angebote unverbindlich
• Ersatzteile sehr preisgünstig
• Alt-/Schrott-Computer zur Ersatzteilgewinnung laufend gesucht.
LABIS GMBH, Tel. 0 57 41 / 80 10
Postf. 12 40, 4990 Lübbecke 1

Handwerkliche Möbel aus massiver Eiche nach historischen Vorbildern
Unsere Ausstellung mit antiken und neuen Eichenmöbeln ist auch sonntags von 14-18 Uhr geöffnet (keine Beratung, kein Verkauf)
Gartenmöbel Bühlmann
4400 Münster-Amelsbüren
Gewerbegebiet Mühlenfeld
Schadowstr., 025 01/580 86

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl
KANN MAN DA UNFÄHIG ZUSEHEN?
Schwester M. Elisabeth Fabrich schrieb uns jetzt aus Nord-Brasilien:
„Dieses Jahr gab es wieder keine Ernte. Das zweite große Übel: Wir haben kein Wasser mehr. Das, was die Tankwagen bringen, ist verschmutzt. Die Kleinkinder haben Durchfall. Die Säuglingssterblichkeit ist auf über 50% gestiegen, die Mütter haben keine Milch für die Kinder, sie sind zu schwach, sie zu stillen. Die Leute verzweifeln fast vor Hunger – Kinder sterben täglich.
In ihrer Hoffnungslosigkeit verschenken Mütter ihre Kinder, weil sie nichts mehr zu essen für sie haben. Andere binden den Kindern eine Binde fest um den Bauch, damit sie den Hunger nicht mehr so spüren.
Könnt Ihr Euch vorstellen, wie mir zumute ist, wenn ich diesen Kindern und Müttern nicht helfen kann?“
Wir helfen auch dort schnell und wirksam.

DEUTSCHE WELTHILFEN
Adenauerallee 134
5300 Bonn 1
Postgarnitur Köln
Sparkasse Bonn
Commerzbank Bonn
Volksbank Bonn
111
WELTHILFEN - das ist unsere Aufgabe

VERSTEIGERUNG
Im Zuge der Auflösung verschiedener Baustellen versteigern wir im Auftrag der Eigentümer
Baumaschinen und -geräte
Mittwoch, 4. April 1984 Beginn 10 Uhr
VERSTEIGERUNGSSORT: BAU-ABC-ROSTRUP
D-2903 Bad Zwischenahn, Verchowstraße
Zur Versteigerung gelangen u.a.: Mercedes-Benz, L 407, D/35; 5 Explosionsmischer, Deimag; 3 Seilbagger, Menck, M 60 u. M 90; Hydraulikbagger, Liebherr, A 911 B; Mobilkran, Demag MC 30; Planiertrappe, Hanomag, K 8; 2 Fliehkrafttrichter, Borch, TR 3000, Losenhausen, AT 2000; Kompressor, Pokorny, DN 30; Betonstahlbrennmaschine, Bifax, 32 K; 2-Achse-Luftkippanhänger, 2 Dieselmotoren, Deimag; 2 Vibrationsbühnen, PTC; 2 Aufwärtstürme, Bosch; Radlader, Ahlmann, AS 16; Allrad-Lader, O-H, L7; Grabenfräse, Grabenmeister, GM 1; 2 Rammen, Menck u. Hamburg, MR 40, MR 27; 7 Lader, Zettelmeyer, ZL 400, ZL 1000; 3 stat. Dreiradwalzen, Zühmerer, DM 5 u. DM 6; 3 Hydraulikbagger, O-H, RH, MH 4 u. RH 6; Grader, O-H, EH 36; Super-150-Strassenfräse, 5500 mm breit; 5 Radlader, O-H, L 4, MF 44 C, CAT 910; 3 Mobilbagger, O-H, MH 4, Eder 404 m, Atlas 1602 D; 2 Allradkipper, KH-Deutz D 15 und D 12; Kastenwagen Opel-Blitz; 3-Achse-Tiefenader-Anhänger, Scheuerle; 3-Achse- sowie 2-Achse-Kipper, Daimler Benz, 1632 Allrad.
Besichtigung: Dienstag, 3. 4. 1984, 10-17 Uhr, am Versteigerungstag 8 - 9,45 Uhr. Ausführt. Katalog auf Anforderung.
ANGERMANN AUKTION KG
HAMBURG
Tel. 040-367651, Telefax 040-364273, Tele 213 065 / 213 303

Zeitung aus dem Zentrum der Politik
DIE WELT
LERNENDE ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND W 3008

Sunshine Firnschnee-wochen 20.3.-14.4.84
Abfahrten bis zum Hoteleingang
Rufen Sie bitte an und verlangen Sie Pauschalangebote
THURNER'S ALPENHOTEL Sporthotel
A-6768 ZÖRS / ARBERG / AUSTRIA - Tel. 055 83 / 21 91

FINANZANZEIGEN
PFÄLZISCHE HYPOTHEKENBANK
AKTIEGESELLSCHAFT 6700 LUDWIGSHAFEN A. RH.
Einladung zur Hauptversammlung
Hiermit laden wir unsere Aktionäre zu der
Mittwoch, dem 16. Mai 1984, 11.30 Uhr
im Gebäude der Pfälzischen Hypothekenbank AG in Ludwigshafen am Rhein, an der Rheinschanze 1, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.
Wegen Einzelheiten verweisen wir auf die Bekanntmachung im „Bundesanzeiger“ Nr. 62 vom 28. März 1984.
Ludwigshafen, im März 1984 DER VORSTAND

Salzgitter Hüttenwerk AG, Salzgitter
Ausgleichszahlung an die außenstehenden Aktionäre der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, Peine
- Wertpapier-Kenn-Nummer 620 200 -
In dem mit Zustimmung der außerordentlichen Hauptversammlung vom 4. 9. 1979 abgeschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, Peine, hatten wir uns für die Laufzeit des Vertrages verpflichtet, den außenstehenden Aktionären dieser Gesellschaft eine jährliche Ausgleichszahlung in Höhe von 8% des Nennwertes der Aktien zu leisten.
Der Ausgleich für das Geschäftsjahr 1982/83 wird nach Abzug von 25% Kapitalertragssteuer ab 30. März 1984 gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 27 von den Niederlassungen der nachstehenden Kreditinstitute gezahlt:
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bayerische Vereinsbank AG
Job. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Ilseder Bank, Sandow & Co.
Metallgesellschaft AG
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Trinkaus & Burkhardt
Salzgitter, im März 1984
Salzgitter Hüttenwerk AG
Vorstand

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft
Frankfurt am Main
Wertpapier-Kenn-Nr. B04010

Wir laden unsere Aktionäre zu der am Mittwoch, dem 16. Mai 1984, 10.00 Uhr, im Großen Saal der Alten Oper Frankfurt, Opernplatz, Frankfurt am Main, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Tagesordnung:

- Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983 mit dem Bericht des Aufsichtsrats
Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983
- Verwendung des Bilanzgewinns
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn von 325.472.136 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 12 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM zu verwenden.
- Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1983
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.
- Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.
- Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1984
Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Treuverkehr AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 1984 zu bestellen.
- Wahl zum Aufsichtsrat
Der Aufsichtsrat schlägt vor, anstelle des mit Beendigung der Hauptversammlung am 16. Mai 1984 aus dem Aufsichtsrat wegen Erreichens der Altersgrenze ausscheidenden Herrn Dr. Karl Klasen
Herrn Dr. Hellmut Kruse, Hamburg,
Vorsitzender des Vorstandes der Beiersdorf AG,
für den Rest der Amtszeit in den Aufsichtsrat zu wählen.
Der Aufsichtsrat schlägt ferner vor,
a) Herrn Dr. Hans Dieter Mosthaf, Stuttgart,
Direktor der Robert Bosch GmbH,
b) Herrn Dr. Hans Fritsch, Düsseldorf,
Generalbevollmächtigter der Mannesmann AG,
die dem Aufsichtsrat bereits jetzt als Ersatzmitglieder angehören, in dieser Reihenfolge auch zu Ersatzmitgliedern für Herrn Dr. Kruse zu wählen.
Der Aufsichtsrat setzt sich nach §§ 96 Abs. 1, 101 Abs. 1 des Aktiengesetzes und § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 aus je zehn Mitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Die Hauptversammlung ist bei der Wahl der Aktionärsvertreter nicht an Wahlvorschläge gebunden.

7. Ermächtigung zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen und Schaffung bedingten Kapitals
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, folgende Beschlüsse zu fassen:
a) Der Vorstand wird ermächtigt, vorbehaltlich der staatlichen Genehmigung bis zum 30. April 1989 auf den Inhaber lautende Wandelschuldverschreibungen im Nennbetrag von bis zu 750.000.000 DM einmalig oder in Teilbeträgen mit einer Laufzeit von längstens 12 Jahren zu begeben. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, etwaige Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, als es erforderlich ist, um den Inhabern der Optionscheine zu den von der Deutschen Bank Compagnie Financière Luxembourg S.A. begebenen Optionsanleihen, das sind die 4 1/2% US-Dollar-Optionsanleihe von 1977/78 sowie die 6 1/4% US-Dollar- und 3 3/4% DM-Optionsanleihe von 1983/91, ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Optionsrechts zustehen würde.
Die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen haben das unentziehbare Recht, ihre Schuldverschreibungen gemäß den vom Vorstand festzusetzenden Anleihebedingungen in Aktien der Deutschen Bank AG umzusetzen. Der Wandlungspreis wird höchstens 250 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM betragen.
Der festzusetzende Wandlungspreis je Aktie im Nennbetrag von 50 DM wird unbeschadet des § 9 Abs. 1 AktG aufgrund einer mathematischen Formel ermäßigt, wenn den Aktionären der Deutschen Bank AG bei der Ausgabe neuer Aktien oder bei der Ausgabe von Anleihen mit einem Wandel- oder Optionsrecht auf Aktien der Deutschen Bank AG ein Bezugsrecht eingeräumt wird; dies gilt nicht, wenn die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen ein entsprechendes Bezugsrecht für die neu auszugebenden Aktien bzw. Wandel- oder Optionschuldverschreibungen erhalten.
Der Vorstand wird ermächtigt, festzulegen, daß die Forderungen aus den Wandelschuldverschreibungen nach näherer Maßgabe der Anleihebedingungen den Forderungen aller übrigen Gläubiger der Bank im Range nachgehen und daß die Aufrechnung mit Forderungen aus den Wandelschuldverschreibungen gegen Forderungen der Anleiheschuldnerin ausgeschlossen ist. Der Vorstand wird ferner ermächtigt, auch die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und der Ausstattung der Wandelanleihe, insbesondere Zinssatz, Ausgabekurs, Laufzeit und Stückelung sowie den endgültigen Wandlungspreis und den Wandlungszeitraum festzusetzen.

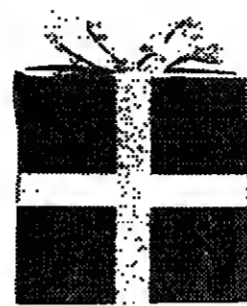
Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am Mittwoch, dem 9. Mai 1984, bis zur Beendigung der Hauptversammlung bei einer der nachstehend genannten Hinterlegungsstellen hinterlegen. Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei anderen Kreditinstituten bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden.
Hinterlegungsstellen sind
in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West):
Sämtliche Niederlassungen der
Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main,
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin,
Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken,
Handelsbank in Lübeck AG, Lübeck,
in Belgien:
Société Générale de Banque, Brüssel und Antwerpen,
Deutsche Bank AG, Succursale de Bruxelles und Filiaal Antwerpen.
in Frankreich:
Société Générale, Paris,
Deutsche Bank AG, Succursale de Paris,
in Großbritannien:
Midland Bank plc, London,
Deutsche Bank AG, London Branch,
in Luxemburg:
Banque de Luxembourg S. A., Luxemburg,
Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg S. A., Luxemburg.
in den Niederlanden:
Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., Amsterdam,
Algemene Bank Nederland N.V., Amsterdam,
H. Albert de Bary & Co. N.V., Amsterdam,
in Österreich:
Creditanstalt-Bankverein, Wien,
in der Schweiz:
Sämtliche Niederlassungen der
Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich, der
Schweizerischen Bankgesellschaft, Zürich, des
Schweizerischen Bankvereins, Basel, und der
Deutschen Bank (Suisse) S. A., Genf.
Die Aktien können auch bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank hinterlegt werden. In diesem Falle bitten wir, die von dem Notar bzw. der Wertpapiersammelbank auszustellende Bescheinigung spätestens einen Tag nach dem letzten Hinterlegungstag bei einer Hinterlegungsstelle einzureichen.
Für die Ausübung des Stimmrechts verweisen wir auf § 1B (1) unserer Satzung:
„Das Stimmrecht jeder Aktie entspricht ihrem Nennbetrag. Gehören einem Aktionär Aktien im Gesamtnennbetrag von mehr als 5% des Grundkapitals, so beschränkt sich sein Stimmrecht auf die Zahl von Stimmen, die Aktien im Gesamtnennbetrag von 5% des Grundkapitals gewähren. Zu den Aktien, die einem Aktionär gehören, rechnen auch die Aktien, die ein Dritter für Rechnung des Aktionärs innehat. Ist ein Unternehmen Aktionär, so rechnen zu den Aktien, die ihm gehören, auch die Aktien, die ein herrschendes, von ihm abhängiges oder ein mit ihm konzernverbundenes Unternehmen oder ein Dritter für Rechnung solcher Unternehmen innehat.“
Der in § 1B (1) genannte Anteil von 5% des Grundkapitals entspricht zur Zeit einem Nennbetrag von 73.457.255 DM = 1.469.145 Aktien zu je 50 DM.
Frankfurt am Main, im März 1984
Der Vorstand

Mit dem professionellen Personal Computer M20 hat Olivetti dem Unternehmer Fritz alle Wünsche erfüllt:

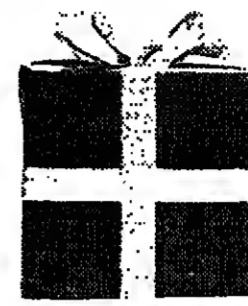
Erinnern Sie sich noch? Unternehmer Fritz hatte zu einem Personal Computer noch jede Menge Wünsche. Denn er wollte nicht nur einen Computer, sondern eine komplette Lösung für die mittelständische Wirtschaft. Und Hilfe, wenn er sie braucht. Mit dem professionellen Personal Computer M20, der in dem großen Paket war, und mit den vielen kleinen Paketen hat Olivetti ihm alle diese Wünsche erfüllt:



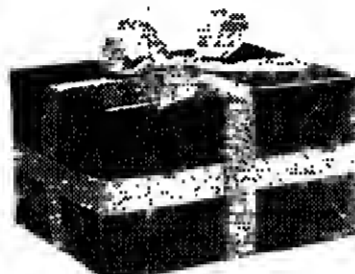
Das Olivetti-Paket für die Fakturierung.



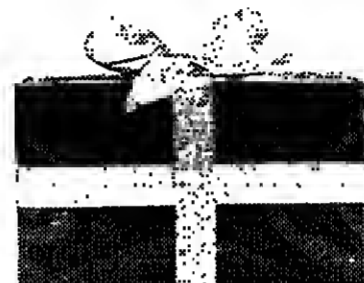
Das Olivetti-Paket für die Finanzbuchhaltung.



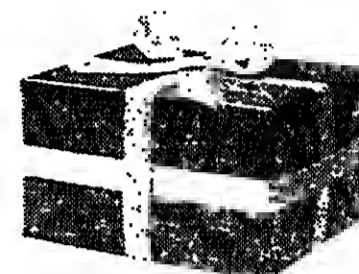
Das Olivetti-Paket für die Lohn- und Gehaltsabrechnung.



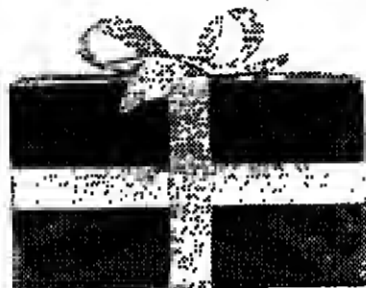
Das Olivetti-Paket für die Programmpflege und die Anpassung an die gesetzlichen Änderungen.



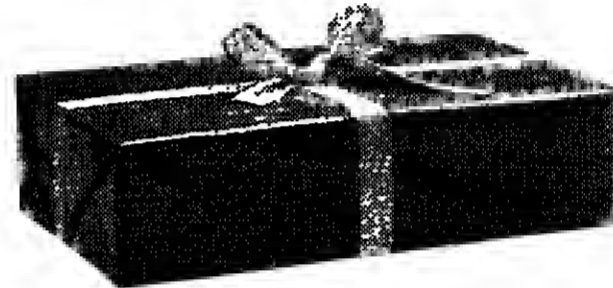
Das Olivetti-Paket für die Korrespondenz, für Listen und Adressen.



Das Olivetti-Paket für Statistiken und betriebswirtschaftliche Auswertungen.



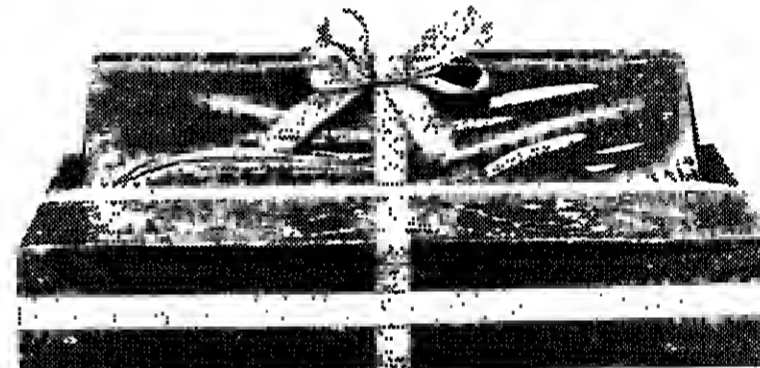
Das Olivetti-Paket mit Hilfe und Unterstützung, wenn Sie sie brauchen.



Das Olivetti-Paket mit dem Technischen Kundendienst (eine Station ist sicher in Ihrer Nähe).



Das Olivetti-Paket mit der PC-Schule.



Das Olivetti-Paket mit dem Drucker, der so schön schreibt wie eine Schreibmaschine.



Das Olivetti-Zubehör-Paket.

Der professionelle Personal Computer M20 stellt Ihnen die komplette Lösung für die mittelständische Wirtschaft persönlich vor. Beim Olivetti-Fachhändler.



olivetti
Europas größter Büromaschinen-
und Informatik-Konzern.

Schicken Sie uns diesen Coupon.
Wir schicken Ihnen gerne die Broschüre »Komplett Computern«.
An die Deutsche Olivetti DTS GmbH, Postfach 71 01 25
6000 Frankfurt am Main 71

Name: _____

Firma: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

SIP 2/42 - Welt

Zubehör mit diesem Zeichen  gewährleistet die optimale Funktion Ihres Olivetti-Gerätes.

STELLENANGEBOTE

Für drei umsatzstarke Verkaufsgebiete

● Hamburg/Schleswig-Holstein ● München/Allgäu ● Großraum Köln/Aachen/Eifel
suchen wir im Auftrag unseres Mandanten erfahrene Spitzenverkäufer der Möbelindustrie als

Vertriebsbeauftragte

Erfolgsgewohnte Herren, die sich in der Möbelbranche auskennen und über diese Erfahrungen hinaus vertriebsorientiert arbeiten können, haben die Chance, bei einem erstklassigen Unternehmen eine sichere Position als Vertriebsbeauftragter zu erhalten. Ihr Idealalter wäre so um die 35 Jahre. Falls Sie sich dieser Aufgabe gewachsen fühlen, schreiben Sie uns bitte und fügen Sie die üblichen aussagefähigen Bewerbungsunterlagen hinzu. Einzelheiten über die Aufgabenstellung sowie Ihre interessanten Einkommensmöglichkeiten möchte unser Mandant mit Ihnen in einem persönlichen Gespräch klären. Absolute Vertraulichkeit sichern wir Ihnen zu, eventuelle Sperrvermerke werden berücksichtigt.

HORSTMANN & WERBUNG
z. Hd. Herrn Uwe Horstmann
Maria-Louisen-Straße 61 · 2000 Hamburg 60

Führungskraft im Baubereich

Wir sind eine alteingesessene mittelständische Bauunternehmung, die im Hoch-, Ingenieur- und Tiefbau tätig ist. Unser Einzugsgebiet liegt im Bereich westliches Westfalen/Niederrhein/Ruhrgebiet.

Wir suchen einen hochqualifizierten

Bauingenieur

für Bauleitungsarbeiten im konstruktiven Ingenieurbau, mit Interesse für abteilungsübergreifende Aufgaben.

Wir denken an einen Ingenieur FH oder TH mit Organisationstalent, Durchsetzungskraft, Kreativität und der Fähigkeit, Mitarbeiter zu führen.

Wir bieten ggf. auch leistungsbereiten jüngeren Bewerbern eine Chance.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte unter L 5178 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marketing Director

Wir suchen eine Person mit hervorragenden Zeugnissen, die unsere Vertriebsaktivitäten in Deutschland verantwortlich leiten soll. Außergewöhnliches Konzept in der US-Landwirtschaft versorgt Generationen mit außergewöhnlichen Gewinnen. Die erste Phase ist bereits abgeschlossen. Informationsmaterial auf deutsch einschl. Prüfungsprospekt vorhanden. Bewerber müssen deutsche Staatsbürger mit guten Englischkenntnissen sein, die Verkaufserfolge nachweisen können und über entsprechende Referenzen verfügen. Geschäftliche Zuverlässigkeit und Sparsamkeit des Lebens, die Sie für Leben lang mit Einkommen versorgt. Senden Sie Ihren Lebenslauf nebst neuem Foto an: **Globe Plan Consultant**, Av. Mon-Rapport 24, C13-1085 Louisa/Schweiz.

Führendes mittelständisches Bauunternehmen

(Baubranche) sucht qualifizierten, verantwortungsbewussten Mitarbeiter der bei Eignung eines Tages die Geschäftsleitung mit entlasten soll. Bewerb. erb. u. PG 47 888 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Fahrer und Halter motorisierter Zweiräder sollten wissen, daß sie für unerlaubte technische Veränderungen an ihrem Zweirad Geld- oder Freiheitsstrafen, Punkte in Flensburg sowie den Versicherungsschutz riskieren. Und das lohnt sich nicht!

IHRE VERKEHRS WACHT

Rank Xerox ist eine Alternative für EDV-Profis

Die Kommunikation – das ist unser lebendiger, faszinierender und wachsender Markt. Fast 4.000 Mitarbeiter sind bei uns für diesen Markt tätig.

Auf der Basis langjähriger Erfahrungen und Entwicklungen ist es Rank Xerox gelungen, digital gespeicherte Daten mit größerer Flexibilität und mit höherer Qualität auf Papier auszugeben, als es mit den meisten bisherigen Verfahren möglich ist. Um dieses zu realisieren, nutzt Rank Xerox in seinen Laserdrucksystemen die Verbindung von EDV,

Laser-Technologie und Xerografie.

Rank Xerox schafft damit eine neue Dimension der Druckausgabe.

Diese Ergebnisse intensiver Forschung und Entwicklung sind für die Leistungskraft eines großen Unternehmens unerlässlich und sichern den Arbeitsplatz.

Wenn Sie als EDV-Profis am Erfolg dieser zukunftsweisenden Entwicklung teilhaben wollen und die erforderlichen Kenntnisse dieses Umfeldes besitzen, können Sie als

Vertriebsbeauftragter für elektronische Laserdrucksysteme

in unseren Geschäftsstellen München, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg, Bochum oder Köln für diesen wachstumsorientierten Bereich neue Ideen in die Tat umsetzen.

Ein aktueller Kenntnisstand in der EDV aufgrund praktischer Erfahrung in Organisation und Anwendung von EDV-Systemen ist notwendige Voraussetzung, um die gestellte Aufgabe erfolgreich lösen zu können. Für EDV-Profis, die sich nach kaufmännischer Ausbildung und/

oder betriebswirtschaftlichem Studium systematisch umfassendes EDV-Wissen angeeignet haben, ist die Tätigkeit in diesem Bereich eine wirkliche Herausforderung.

Sie sollten allerdings auch die Neigung und Fähigkeit mitbringen, Ihre Gesprächspartner aufgrund Ihres Fachwissens überzeugen zu können. Diese Kenntnisse und vertriebsorientiertes Arbeiten sollten die informative Brücke zum Kunden schlagen.

Rank Xerox expandiert weiter und macht die Druckausgabe größerer Datenverarbeitungsanlagen wirtschaftlicher und besser durch ein neues System, das Computer- und Laser-Technologie mit dem xerografischen Druckverfahren kombiniert: die Xerox 9700. Nur EDV-Fachleute können dem Markt diese neue,

bessere Lösung präsentieren.

Wenn Sie an der Umsetzung dieser Zukunftsentwicklung teilhaben wollen, sollten Sie in unserem Geschäftsbereich Kommunikationssysteme in unseren Geschäftsstellen München, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg, Bochum oder Köln mitarbeiten als

Systemberater/Anwendungen für elektronische Drucksysteme

Systemberater sollten über Programmiererfahrung mit problemorientierten Programmiersprachen verfügen und Erfahrung mit Betriebssystemen und Datenkommunikation haben.

Erfahrungen in der Organisationsplanung und Betriebswirtschaft sind notwendig, um eine informative Brücke zum Kunden schlagen zu können.

Als Systemberater sollten Sie mit Logik und Inhalt von Kommunikationsprozeduren vertraut sein und möglichst praktische Erfahrung in EDV-Drucksystemen gesammelt haben.

Die Beherrschung der englischen Sprache ist ebenso Voraussetzung zur erfolgreichen Gestaltung der Aufgabe wie die Aufbereitung und Weitergabe der erarbeiteten Erkenntnisse an die Vertriebskollegen.

Ihre Mitarbeit in beiden Funktionen schließt selbstverständlich ein, daß eine ausführliche Schulung in unserem Düsseldorfer Trainingszentrum erfolgt.

Ihren Aufstieg bei uns können Sie dann selbst bestimmen: durch Leistung.

Unser bekanntes umfangreiches Spektrum an sozialen Leistungen ist ein zusätzlicher Bonus für die Mitarbeit in einem Großunternehmen.

Wenn Sie sich für eine dieser Aufgaben interessieren, dann senden Sie bitte Ihre Bewerbungsunterlagen an die für Sie zuständige

Personalabteilung der Region Süd, Triebstraße 14, 8000 München 50, Telefon 089/149951;

Personalabteilung der Region Mitte, Walter-Kolb-Str. 13, 6000 Frankfurt 70, Telefon 0611/60570;

Personalabteilung der Region Nord, Hamburger Str. 205, 2000 Hamburg 76, Telefon 040/291841;

Personalabteilung der Region West, Schanzenstraße 80, 4000 Düsseldorf 11, Telefon 0211/57731.



Kopieren · Vervielfältigen · Telekommunikation
Drucksysteme · Textverarbeitung · Qualitätspapiere

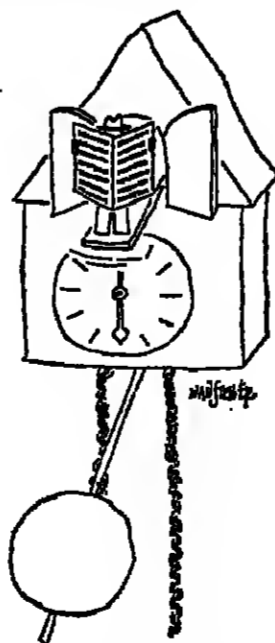
RANK XEROX

Die Wochenzeitung, die Sie zeitgemäß informiert.

Zeitgemäße Information bedeutet für manche Medienmacher, möglichst viele Nachrichten unter die Leute zu bringen. Quantität als Kriterium für moderne Berichterstattung: Das hat zu einer Informationsschwemme geführt, in der das wirklich Wissenswerte manchmal unterzugehen droht. Pseudosensationelle Meldungen schaffen Kulissenbilder, die zu Fehlurteilen verleiten.

Für uns lohnt eine Nachricht dann die Druckerschwärze, wenn sie von objektiver Wichtigkeit ist. Analysen und Kom-

mentare dürfen nicht Selbstzweck sein – sie müssen die Hintergründe politischer, wirtschaftlicher und kultureller Meldungen deutlich machen. Wir glauben von unseren Lesern, daß sie ihre Zeit nicht nur mit Zeitungslesen verbringen wollen; deshalb fassen wir die wesentlichen Ereignisse einer Woche auf überschaubarem Raum und in klarer Gliederung zusammen. Zeitgemäße Information muß nicht zeitraubend sein.



DEUTSCHES
ALLOEIMES
**SONNTAGS
BLATT**

Die große christliche Wochenzeitung

Bekanntheits-Coupon
Bitte einreichen an: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt-Verlag
Mittelweg 111 · 2000 Hamburg 13
Ich möchte (per) durch mal kostenlos die nächste Ausgabe

DS

